Einzelverkaufspreis: 1,50 mark incl. 5,5% mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 111 7. 2. 1976

D 22354 C

INLAND

INTERNATIONALES

ZUR LAGE IN SPANIEN

...UND IN ARGENTINIEN

DOKUMENTE

herausgeber :
frankfurter informations-dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

redaktionsschluß :
donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur:
f.kern

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79

463 bochum-querenberg
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/39 12 67

vierteljahr-abo: 18 DM
gegen vorkasse

auf das postscheckkonto:
frankfurter informations-dienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen. genaue anschrift angeben.

druck : eigendruck

INLAND

DER CIA IN DER BUNDESREPUBLIK – 10 NEUE NAMEN

FRANKFURT (ID)
5. Februar

Wir haben in der letzten Nummer darauf hingewiesen, daß es sich bei den veröffentlichten Namen nur um einen Ausschnitt aus dem CIA-Kontingent in der amerikanischen Botschaft handele. Dieser Tatsache tragen wir nun mit neuen Namensveröffentlichungen Rechnung. Hier sind zehn weitere CIA-Agenten, die als Angehörige der amerikanischen Botschaft in Bonn geführt werden. Die benannten Frauen sind nicht „nur" Sekretärinnen, denn „nur" Sekretärinnen beschäftigt der CIA nicht.

Arthur S. Hulnick
Kennedyallee 127/5
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 81 27
dienstlich (Durchwahl bei der Botschaft) 3252

Robert Velte
Martin-Luther-King-Str. 25/3
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 22 59
dienstl. 3333

Miss Joy Albright
Kolumbusring 7/6
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 58 70
dienstl. 3050

Miss Suzanne Lipscomb
Kolumbusring 9/1
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 81 09
dienstl. 3149

William F. Arnst
Steubenring 4/5
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 86 74
dienstl. 3252

Ernst S. Maas
Martin-Luther-King-Str. 3/5
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 94 03
dienstl. 3032

Miss Cynthia A. Jenkins
Kolumbusring 13/9
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 37 26 48
dienstl. 3252

Miss Suzanne E. Ziemer
Robert-Koch-Str. 48
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 33 09 15
dienstl. 3370

Jack Falcon
Büchelstr. 53 B
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 35 15 00
dienstl. 3370

Mrs. Sandra J. Delong
Steubenring 5/1
5300 Bonn Bad Godesberg
Tel. 37 53 51

Zur Begründung der Namensveröffentlichungen hat der ID letzte Woche folgende Presseerklärung veröffentlicht:

Die CIA-Agenten, die wir hier mit Namen genannt haben, sind mindestens ebenso an der Politischen Entwicklung beteiligt, wie die – gewählten und ungewählten – Politiker, Bundestagsabgeordnete, Minister, Richter und Konzernherren, von denen man weiß, wer sie sind und was sie tun. Die Bevölkerung, die hier von CIA-Politik betroffen ist, hat ein Recht darauf zu erfahren, wer sie betreibt. Und sie hat ein Recht darauf, zu entscheiden, ob sie diese politische Einmischung billigt. Es kann der Beginn einer Diskussion über die konkrete Tätigkeit des CIA sein, der sich schon längst von einer Spionageorganisation zu einer paramilitärischen Interventionstruppe gewandelt hat, es kann der Anfang sein, ein Bewußtsein über das Ausmaß und die konkrete Tätigkeit des CIA in der BRD zu entwickeln.

Wir haben die Identifizierung nach einer Methode vorgenommen, die von ehemaligen CIA-Agenten und Leuten, die mit dem CIA hinreichend Erfahrung haben, entwickelt wurde. Nach dieser Methode sind bereits 250 Namen herausgefunden worden, von denen noch kein einziger dementiert werden konnte. Ansonsten wird über diese Frage der Pressesprecher der amerikanischen Botschaft, William Marsh, qualifizierter Auskunft geben können.

Eine einseitige Sorge um die Sicherheit der jetzt bekannt gewordenen CIA-Agenten wirkt sehr unglaubwürdig, setzt man sie nicht in Beziehung zu unserer eigenen Sicherheit und zu der Unabhängigkeit ganzer Völker. Der CIA hat oft genug bewiesen, daß er bereit ist, mit blut igen Interventionen die Freiheit notfalls durch Abschaffung zu schützen. Der Ex-CIA-Agent Philip Agee hat dazu gesagt, durch die Veröffentlichung soll die „Macht und die Fähigkeit des CIA eingeschränkt werden, einen neuen Pinochet aufzustellen."

Zu der Frage, ob der ID durch die Veröffentlichungen indi rekt dem KGB hilft,folgendes: untereinander wissen der CIA und der KGB sehr genau, was die Gegenseite macht, wer für sie arbeitet und wo sie Einfluß nimmt. Uns interessiert, daß die Öffentlichkeit, daß die, die von Geheimdienstinterventionen betroffen sind, durch die Namensnennung von dieser Politik erfahren.

DIE NICHTVERBREITUNG UNTERBLIEBENER NACHRICHTEN – BISHERIGE REAKTIONEN AUF UNSERE CIA-ARTIKEL

FRANKFURT (ID)
5. Februar

Im letzten ID wurden zum ersten Mal in der Bundesrepublik Namen und Adressen von CIA-Agenten veröffentlicht. Die Behandlung dieser Nachricht durch die bürgerlichen Medien hat schon etwas Tragikomisches. Während die ausländische Presse die ID-Nachricht sofort aufgriff, herrschte in den deutschen Medien das herrschende Schweigen vor. In der Niederländischen Tagespresse kam die Nachricht über die ID-Veröffentlichung auf die erste Seite!

Wir hatten sämtliche Frankfurter Büros der großen Agenturen und Zeitungen schon Sonntagnacht mit einem ID-Exemplar beliefert. Persönlich sogar.

Als am nächsten Morgen ein freier Journalist bei Associated Press anfragte, ob sich die ID-Informationen bestätigen ließen, wurde das Gespräch dreimal hin und hergeschaltet. Die Antwort war jedesmal nach dem Motto „nie gesehen, nie gehört, nie gerochen". Ein UPI-Mann aus Frankfurt gab fröhlich an, er habe den ID in den Papierkorb geschmissen.

Bei dpa sagt auf Anfrage ein Mitarbeiter sehr überrascht, er hätte die Meldung nie gesehen. Gut, wir bringen ihm also den ID zum zweiten Mal persönlich vorbei. Eine Stunde später fragt ein englischer Journalist bei demselben dpa-Mann : „Können Sie eine Meldung über CIA-Namen bestätigen, die ein Informationsdienst ..." „ ...zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten", vervollständigt der dpa-Mann: „Nein, kennen wir hier nicht, nie gesehen..."

Auch Reuters Frankfurt legte den ID im Papierkorb ab.

Aber newsbusiness is showbusiness,und die Geschichte geht munter weiter. Am Nachmittag ruft AFP Bonn an und sagt, sie hätten über AFP Paris (!) erfahren, daß der ID usw. Wir geben also die Nachricht durch.

Wenig später ruft ein Journalist von Reuters Bonn an und sagt, er hätte erfahren, daß der ID usw. ... Wir schicken ihm den ID per Express.

Darauf kommt ein zweiter Anruf von Reuters. Der Journalist meint, ein Mitarbeiter von Reuters Frankfurt könne doch den ID gleich bei uns abholen und dann per Telex nach Bonn geben. Es entspinnt sich folgender Dialog:

ID: Wir haben dem Frankfurter Büro bereits eine Nummer gegeben. Wir haben später dort angerufen und nachgefragt. Der Redakteur hat gesagt, er hätte das Ding ... also das Ding in den Papierkorb geschmissen, „it hit the waste bin" hat er gesagt.

Reuters: Hat er gesagt?
ID: Ja aha, hat er gesagt, und Sie müßten sich vielleicht an ihn wenden.
Reuters: Ja, ah, gut, ich werde ihn anrufen.
ID: Aber auf jeden Fall, wenn er vorbeikommt, geben wir ihm ein Exemplar mit.
Reuters: Gut, ok.
Nach einer Weile kommt noch ein Telefonat mit Reuters.
Reuters: Die Kollegen in Frankfurt haben die Zeitung gefunden ...
ID: Im Papierkorb ...
Reuters: Sie müssen also nicht auf uns warten. Schicken Sie ' te die Zeitung trotzdem.
ID: Gut, wir schicken sie trotzdem
Reuters: Danke, auf Wiederhören.

Am Montagabend um 20 Uhr kommt in den Nachrichten des Hessischen Rundfunk die Meldung „eine linksradikale Frankfurter Gruppe" habe angebliche CIA-Namen veröffentlicht. Um 22 Uhr ist die Meldung wieder weg, wird dann mit Unterbrechungen bis Dienstag 12 Uhr gesende. Auch im AFN wird kurz darüber berichtet.

Die Frankfurter Rundschau vom 3.2. bringt auf Seite 4 unter der Überschrift „Illustrierte nennt Namen" eine Reutermeldung über KGB-Veröffentlichungen der Quick und anschließend zwei Sätze über den ID. In derselben Ausgabe wird in einem langen Artikel die Fernsehsendung über KGB-Agenten besprochen. Am Tag davor kam auf der ersten Seite ein ausführlicher Bericht über CIA-Interventionen in Italien. Na ja.

Am Dienstag kamen eine Reihe von Anfragen aus Bonn: UPI, AP, New York Times, Baltimore Sun, Christian Science Monitor, Chikago Tribune. Als einzige deutsche Vertreter interessieren sich ‚Welt' und WDR III. Am Mittwoch berichtet die offizielle amerikanische Zeitung „Stars and Stripes" darüber.

Die Agenturen Reuters (als erste) und AFP und UPI geben die Meldung durch.

Die sklavische Staatsergebenheit der deutschen Medien hätte an diesem exemplarischen Fall nicht deutlicher zum Ausdruck kommen können. Wenn auch CIA-Enthüllungen aus fernen Landen begierig aufgegriffen werden, tritt entlarvende Stille ein, wenn es darum geht, den CIA im eigenen Land zu benennen. Und zwischen dem, was in anderen westlichen Ländern unter liberaler Öffentlichkeit verstanden und hierzulande an Kümmerlichem davon praktiziert wird, besteht noch einmal ein gewaltiger Unterschied: Die Zeitung „Vrij Nederland" hatte etwa zur gleichen Zeit wie der ID neue CIA-Namen aus Holland veröffentlicht. Sämtliche Namen wurden auch in der Tagespresse sofort veröffentlicht. Die Sachen wurden kritisiert, also öffentlich diskutiert. Und man ging, wie auch bei Libération in Frankreich, ausführlich auf die ID-Meldungen ein.

TARIFVERHANDLUNGEN DER IG - BAU - STEINE - ERDEN

BERLIN (ID)
4. Februar

Die Forderungen der IG Bau-Steine-Erden zur laufenden Tarifrunde lauten:

Verwaltungsstelle Essen: wenigstens 8,5 %.

Verwaltungsstelle Berlin:
- Putzer: 7,5 % Lohnerhöhung
  - 100 % Erhöhung des Lohnausfallgeldes
  - 100 % Erhöhung des 13. Monatseinkommens
- Maler: Mehr Urlaub
  - Erhöhung des 13. Monatseinkommens
- Tiefbau: mehr als 10 % Lohnerhöhung
- technische Angestellte: 135,- DM + 4 % Gehaltserhöhung
  - Reduzierung der Arbeitszeit
- Stadtbezirksversammlungen: 10 % bzw. 150,- DM und Erhöhung des 13. Monatseinkommens

Die nächste Vehandlung der Großen Tarifkommission der IG BSE mit den Arbeitgebern findet am 17.2.76 statt.

IG DRUCK: „BETRIEBSGHETTO DURCHBRECHEN"

NEU-ISENBURG (ID)
4.Februar

Der Bezirk Frankfurt der IG Druck und Papier veranstaltete im Dezember eine „öffentliche Gemeinschaftsveranstaltung" zum Thema „Die Situation der Arbeitnehmer in der Druckindustrie des Bezirks Frankfurt". Das Neue an dieser Veranstaltung, zu der 80 Teilnehmer kamen, war, daß nicht ein einzelner Referent eine erkannte Lage vor einem Zuhörerkreis analysierte, sondern Betroffene — Betriebsfunktionäre, die zu ihresgleichen sprachen — ihre Erfahrungen ausbreiteten, voneinander lernten und gemeinsame Schlüsse zogen. Sie wiesen damit einen neuen Weg für die gewerkschaftliche Meinungsbildung.

Die Teilnehmer aus 25 Betrieben des Bezirkes diskutierten unter anderem über die unzugänglichen rechtlichen Möglichkeiten der Betriebsräte, die Forderung nach Demonstrationen und Kampfmaßnahmen, Rassenprobleme, Kritik an der Arbeit einiger Betriebsfunktionäre.

Der Verlauf der ersten derartigen Veranstaltung, „Die unerhört kämpferisch und voll positiver Entwicklungsmöglichkeiten war", (so ein Teilnehmer) und das breite positive Echo, ließen die Bezirksleitung der IG Druck und Papier zu folgendem Fazit kommen: „Wir müssen das Betriebsghetto durchbrechen und an die Öffentlichkeit. Diese Versammlung war ein guter Beginn. Die Gewerkschaft muß aus den Erfahrungen der Praxis, wie sie hier ausgebreitet wurden, neue Strategien entwickeln, um den Generalangriff der Unternehmer auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten abwehren zu können."

(aus: Mitteilungen der IG Druck und Papier, Bezirk Frankfurt, Dezember 76, Nr. 9, Januar 76,Nr.1)

KRANFÜHRER REAGIERTEN BEI GEFAHR RICHTIG — UND WURDEN BESTRAFT

BERLIN (ID)
4. Febraur

Auch über Berlins Großbaustelle „Kongreßzentrum" brauste der Orkan. Gut einen Monat nach dem ersten tödlichen Arbeitsunfall auf dieser Bausstelle (siehe ID 109) wurde der seitliche Winddruck auf die Kräne so groß, daß ein Kranführer seinen „Ermessensspielraum" ausnutzte und seinen schwankenden Arbeitsplatz verließ. Sofort schaltete die Firma die Bauberufsgenossenschaft und das Gewerbeaufsichtsamt ein, um ihm „Arbeitsverweigerung" nachzuweisen und ihn trotzdem zum Weiterarbeiten zu bewegen. Erst als von zwei weiteren Kränen die Motoren ausfielen, weil sie dem Winddruck nicht gewachsen waren, erhielten die Kranführer das Recht, in der Baubude zu bleiben. Damit war fast die ganze Baustelle lahmgelegt.

Der Preis, den die Kranführer für ihre und die Sicherheit der Kollegen zahlen mußten, und der einen offenen Einschüchterungsversuch darstellt: eine Stunde wurde nicht als Arbeitszeit anerkannt und folglich nicht bezahlt.

SIEBEN ENTLASSUNGEN VERHINDERT

FRANKFURT (ID)
4.Februar

Durch gemeinsames Handeln von Belegschaft und Betriebsrat der internationalen Presseagentur Associated Press (AP) gelang es, die Absicht der Geschäftsleitung, sieben Kollegen zu entlassen, erfolgreich zurückzuweisen.

Anfang November letzten Jahres war der Betriebsrat von der Geschäftsleitung unterrichtet worden, daß infolge der von der New Yorker US-Zentrale angeordneten Sparmaßnahmen es unumgänglich sei, sechs oder sieben Kollegen zu entlassen. Ohne Umschweife wurde dem Betriebsrat erklärt, daß nur Einsparungen im personellen Bereich in Frage kämen. Noch nicht einmal das sonst beliebte Argument von der „schlechten" Situation im Pressewesen wurde bei der Unterrichtung aufgetischt. Hinter den „Einsparungen" verbarg sich also offensichtlich nichts anderes als eine geplante Profitsteigerung auf dem Rücken der Kollegen.

Bei AP sind Entlassungswellen nichts Neues. Neu aber war die Reaktion von Belegschaft und Betriebsrat: Sofort nach Bekanntwerden der Pläne der Geschäftsleitung beriet der Betriebsrat und beschloß, schnellstens Betriebsversammlungen in der Frankfurter Zentrale sowie in den Außenbüros Bonn und Berlin durchzuführen. Die Versammlungen waren in zweierlei Hinsicht ein voller Erfolg:

Erstens übertraf die Beteiligung alle Erwartungen und zweitens waren sich alle Kollegen darin einig, daß der Betriebsrat entschieden den Entlassungen widersprechen müsse. Sie gaben ihm ein entsprechendes Mandat. Später wurde noch eine gemeinsame Resolution aller deutschen Büros erarbeitet und verabschiedet, in der unter anderem festgestellt wurde, daß Entlassungen auch zu Lasten der weiterbeschäftigten Kollegen gehen würden. Aber, so die Resolution: „Eine Mehrbelastung ist nicht mehr zu verantworten..."

Die Entschlossenheit von Belegschaft und Betriebsrat zwang die Geschäftsleitung schließlich nach und nach zum Rückzug. Man wolle noch einmal die Angelegenheit „überdenken" usw. Mitte Dezember wurden die Entlassungen allesamt zurückgezogen, statt dessen wurde angekündigt, die Geschäftsleitung wolle „strikte Sparmaßnahmen auf anderen Gebieten" ergreifen.Diese und andere Bemerkungen geben Belegschaft und Betriebsrat auch weiterhin Anlaß zu größter Aufmerksamkeit. Der Frontalangriff ist abgeschlagen, aber die Angriffe werden weiter gehen.

(aus: Mitteilungen der IG Druck und Papier, Bezirk Frankfurt/Main, Januar 76, Nr. 1)

SCHWARZMARKT HAIDHAUSEN

MÜNCHEN (ID)
4. Februar

In Haidhausen wohnen immer mehr Freaks, Ausländer und alte Leute. Es gibt hier wohl mehr WG's als in irgendeinem anderen Stadtteil Münchens. Aber es gibt noch kein Zentrum, keinen Ort, in dem all die Initiativen, Projekte, Ideen und Alternativen Haidhausens sich umschlagen und zusammentreffen könnten.

An der Breisacherstr. 12 wollen wir nun einen Laden machen, der als Treffpunkt der vielen Linken und Alternativ-Freaks des Stadtteils funktionieren könnte. Ein Laden, der fähig ist, eine fruchtbare Auseinandersetzung zwischen einem Rote-Hilfe-Typen und einem Körnerfresser anzuleiern, oder zwischen einem Rock-Fan und einem alten SDS-Onkel. Oder zwischen einem Alternativ-Handwerker und einem Marx-Exegetiker oder einem sonstigen Bücherwurm.

WIE ?

Z. B. mit Platten; mit der Auswahl der Platten die wir in unserem Laden haben, wollen wir alle Versuche unterstützen, die Musik durch autonome Plattenproduktion und alternative Konzerte zurückzuerobern.

Oder mit Büchern; wir wollen kein umfassendes linkes Buchprogramm anbieten. Dazu gibt es bereits die Basis-Buchhandlung, mit der wir nicht konkurrieren wollen. Aber wir wollen zum Beispiel die wichtigsten Bücher auslegen, die über unseren Körper informieren. Dazu gehört ein Buch über alternative Ernährung, ein Akupunktur- und ein Kräuterbuch, aber auch ein Buch über „Medizin und Profit", der Text über das SPK und die Dokumentation über die Free clinic Heidelberg. Wir wollen nicht alle Bücher, die es zu einem Gebiet gibt, sondern die wichtigsten zu jedem Thema, so daß sie auch für uns noch übersichtlich bleiben. Und die Bereiche sollen nach unseren unmittelbaren Bedürfnissen und Problemen eingeteilt werden. Also: Körper, Arbeitslosigkeit, Community, Knast und Bullen u.s.w..

Natürlich auch eine Kaffee- und Teestube.

Mit Lebensmitteln; bis zum Sommer soll dann eine eigentliche Lebensmittelabteilung eingerichtet werden, in der Gemüse und andere Produkte aus den Landkommunen der Umgebung verkauft werden. Dabei interessiert uns nicht nur der Kontakt zwischen den Landkommunen und der städtischen Scene. Uns geht es vor allem auch darum, darauf aufmerk sam zu machen, mit welcher Scheiße wir uns normalerweise tageintagaus vollpfropfen und damit unsere Energien zerstören anstatt sie freizusetzen.

Gebrauchtes und Selbstgemachtes; in diesem Zusammenhang könnte schließlich regelmäßig ein Tauschbasar bzw. ein Mini-Flohmarkt organisiert werden.

Und sonst; finanzieller Rückhalt der ganzen Sache wird ein Bücher- und Plattenversand sein, zu dem wir die Einzelkunden-Auslieferung des Trikont-Verlages ausbauen werden. Inhaltlich soll sich dieser Versand mit dem Bücher- und Platten-Laden im Vorderzimmer decken. Wir werden einen Katalog zusammenstellen, den wir uns als Diskussionsformum über interessante und wichtige Bücherund Platten vorstellen. Wahrscheinlich werden wir ihn mit einem ähnlichen Ladenprojekt im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen gemeinsam herstellen.

Mit der Zeit müßten schon 34 Leute von dem Laden leben können. Das wir wahrscheinlich ganz schön schwierig sein. Ebenso wichtig ist aber, daß sich möglichst viele andere Individuen und Gruppen auf den Laden hin definieren. So hat z.B. der Haidhausener WG-Treff ein Interesse daran, den Laden zu seinem Zentrum zu machen. Aber auch andere hätten praktisch grenzenlose Möglichkeiten, ihre Ideen und Vorschläge zum Schwarzmarkt-Projekt einzubringen.

Breisacherstraße 12, 8000 München 80

OB ARNDT AN DIE MITBÜRGER – KEIN DEMENTI

FRANKFURT (ID)
5. Februar

Nicht dementiert hat der Magistrat der Stadt Frankfurt jenen feinsinnigen Aufruf, der seit dieser Woche den Bewohnern der Stadt einige Lichter über die neusten Gebührenerhöhungen aufsteckt. Gegen das Plakat, das in den städtischen Farben weiß-rot und mit einem Foto von OB Arndt ganz hochoffiziell von den Häuserwänden leuchtet, hat der Magistrat die Schwarzen aus der Justiz zu Hilfe gerufen. Hier das Dokument der Zeitgeschichte im Wortlaut:

„Liebe Mitbürger!

Am 1. Febrauar traten zahlreiche neue Gebührenerhöhungen in Kraft. Zum Beispiel wird der Wasserpreis um runde 25 % erhöht. Die Leerung der Mülltonnen kostet pro Woche jetzt 178,– DM (vorher 144,– DM), d.h. 24 % mehr. An einer Bestattung verdienen wir jetzt volle 750,– DM, statt bisher 650,– DM (15 % mehr).

Dies ist nur ein Ausschnitt aus unserem Reformkatalog. Mit anderen Maßnahmen der Bundesregierung zusammen wird Ihr Haushalt, liebe Mitbürger, mit etwa 50,– bis 100,– DM pro Monat mehr belastet.

In den Haushalt der Stadt werden allein durch die erhöhten Gebühren etwa 40 Millionen mehr hineinfließen. Dem notleidenden Unternehmertum kann damit verstärkt unter die Arme gegriffen werden.

Zum Beispiel: die Stadtautobahnen können jetzt zügig gebaut werden, und für das Großkraftwerk hat der Magistrat die Weichen gestellt. Auch die sogenannte „Stadtsanierung", also Ersetzung von Wohnraum durch Geschäftsraum, macht weitere Fortschritte. Schon jetzt stehen 400.000 qm Büroraum leer.

Frankfurt ist heute so attraktiv für Kapital und Banken, wie niemals zuvor. Mit den neuen Gebührenerhöhungen ist ein solider Grundstock gelegt für das weitere Gedeihen von Gewinn und Profit.

Diesem Zweck dienen auch eine Reihe vorbildlicher „Reformen, die nichts kosten", wie wir Sozialdemokraten sie anstreben. Zum Beispiel: je Bus oder Straßenbahn rechnen wir jetzt im Durchschnitt vier Fahrgäste pro Quadratmeter. Pro Kindergarten sogar 100 Kinder pro Schicht. Weiter wird das städtische Kinderkrankenhaus im Mai dieses Jahres geschlossen und auch das alte St. Markus-Krankenhaus machen wir zu.

Sie, liebe Mitbürger, fordern wir auf, Ruhe zu bewahren und Protestaktionen, zu denen es in der Vergangenheit immer wieder gekommen ist, zu unterlassen. Unsere schlagkräftige und teure Polizei steht bereit, jeden Widerstand gegen unsere Politik in gewohnter Weise zu unterbinden.

Der Magistrat dieser Stadt kann stolz sein auf seine Leistungen. Wir sind sicher, neue potente „Bewunderer unserer Aufbauleistungen" zu gewinnen, wie Herrn Bankier Selmi.

Spenden nehme ich persönlich während der Dienststunden er gegen.

Mit freundlichen Grüßen

Rudi Arndt."

„HAUPTWACHE" – NEUE STADTZEITUNG

FRANKFURT (ID) 3. Februar

Die zweite Nummer ist raus. Dazu das Redaktionskollektiv: „Die HAUPTWACHE ist eine Stadtzeitung für den Großraum Frankfurt. Sie erscheint monatlich – bislang in einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Dem Untertitel – Frankfurter Illustrierte Zeitung – entsprechend liegt das Schwergewicht der Darstellung auf der Verwendung von Bildern, Fotos etc.

Sie wird gemacht von einem Redaktionskollektiv, dessen Mitglieder in verschiedenen Berufen arbeiten (Büroangestellte, Lehrer, Drucker, Juristen, Studenten, Fotografen und Journalisten) und die die HAUPTWACHE nebenberuflich und ohne dafür bezahlt zu werden herausgeben.

Die HAUPTWACHE bringt Reportagen, Hintergrundberichte und Analysen zu den Großraum Frankfurt betreffenden kulturellen und politischen Ereignissen. Sie orientiert sich dabei an den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung.

In diesem Sinne ist es eine politische Zeitung, ohne jedoch an eine der bestehenden politischen Parteien oder Organisationen gebunden zu sein.

Sie will dazu beitragen, daß die Frankfurter die Verhältnisse in ihrer Stadt besser kennenlernen und wird zugleich versuchen, über die Ursachen dieser Verhältnisse zu informieren – darüber, wie politische, wirtschaftliche oder kulturelle Entscheidungen in dieser Stadt zustandekommen, wer sie wie beeinflußt und wie man sich – falls nötig – dagegen wehren kann. ... und dafür, daß es oft genug nötig ist, sich gegen Zustände in dieser Stadt zu wehren, gibt es viele Beispiele: Spekulation und Wohnraumzerstörung, Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und die Erhöhung der Abgaben für Strom, Gas, Wasser u.v.a.m., Schulmisere und Umweltzerstörung sind davon nur einige!

Dementsprechend arbeitet die HAUPTWACHE unter anderem mit Bürgerinitiativen eng zusammen und stellt ihre Erfahrungen dar."

„RÄUMUNGSAUFSCHUB FÜR DAS THOMAS-WEISSBECKER-HAUS ERREICHT !"

BERLIN (ID) 5. Februar

Zur geplanten Räumung des Weissbecker-Hauses am 5.2.76 erreichte uns folgender Basisbericht:

„Im Thommy-Weissbecker-Haus wurden mit Hochdruck die wichtigsten Mängel beseitigt, während gleichzeitig eine große Öffentlichkeitskampagne lief. Das Ergebnis war, daß wir bei der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht, wo wir Widerspruch gegen die Räumung zum 5.2. eingelegt hatten, erst mal Recht bekommen haben, d.h. daß wir momentan nicht mehr mit einer sofortigen Räumung rechnen müssen. Dagegen ist bis jetzt noch nicht geklärt, wer denn nun eigentlich die Reparaturen bezahlt, die noch zu machen sind. Zur Zeit versuchen noch alle Verantwortlichen, sich davor zu drücken, obwohl es durch unser Arbeitskollektiv nicht nur billiger kommt, sondern wir auch selbst dabei viel lernen können. Auf jeden Fall haben wir jetzt eine bessere Position, um unser Konzept finanziert zu bekommen.

DA HÖRT DER SPASS AUF

STRAFANZEIGE GEGEN KARNEVALSWAGEN

KÖLN (ID) 4. Februar

Karnevalswagen sollen wegen Volksverhetzung aus dem Rosenmontagszug genommen werden!

Kaum waren die Entwürfe der Rosenmontagswagen bekannt, gab es auch schon Stunk: eine Gruppe Kölner Bürger begann Unterschriften zu sammeln gegen die Karnevalswagen Nr. 10 und Nr. 13. Spontan schlossen sich fast 100 Leute zusammen. Man beschloß, es nicht nur beim Protest zu belassen, sondern stellte Strafanzeige gegen die verantwortlichen Herren der Karnevalsgesellschaft, die sich diese Wagen haben beuen lassen.

Die Begründung: Es ist infam, den Arbeitslosen (in Köln gibts allein über 18.000) zu unterstellen, daß sie sich vor der Arbeit drücken und den ganzen Tag nichts besseres zu tun haben, als im Bett zu liegen. Dadurch wird gegen eine Minderheit, die an ihrer jetzigen Lage nicht schuldig ist, gehetzt und Stimmung gemacht.

Gegen die diffamierende Darstellung der „kinderwerfenden" ausländischen Arbeitnehmern, die sich – so wird es dargestellt – nur an „unseren" sozialen Errungenschaften wie Kindergeld bereichern wollen, ohne etwas selbst dazuzutun, wurde aus demselben Grunde Anzeige erstettet. Außerdem: Wer kann denn voraussehen, ob nicht etwa – schon durch die Rosenmontagsstimmung etwas angeheizt – die Arbeitslosen und Gastarbeiter, die den Zug anschauen, sich so betroffen fühlen, daß sie die Wagen kurzerhand zertrümmern?

Die Kölner Bürger, die sich zu diesem in der Geschichte des Karnevals wohl einmaligen Schritt zusammengefunden haben, legen Wert auf die Feststellung, daß sie nichts, aber auch gar nichts gegen den Kölner Karneval haben – ganz im Gegenteil: sie feiern seit Jahren begeistert mit!

Wer Die Anzeige noch durch seine Unterschrift unterstützen will, schreibt an W. Grüber, Arminstraße 5, 5000 Köln 30

(aus: Kölner Volksblatt)

NEUFASSUNG DES § 218 ? ? ?

FRANKFURT (ID) 4. Febraur

Aus einer Presseerklärung der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot":

„Wie der Öffentlichkeit am 27. Januar mitgeteilt wurde, ist für den 12. Februar 1976 im Bundestag die Beschlußfassung über die Neufassung des § 218 in der zweiten und dritten Lesung zu erwarten.

Sowohl das Indikationsmodell, welches von den Fraktionen der Regierungsparteien SPD und FDP eingebracht wurde, als auch das eingeengte Indikationsmodell der CDU/CSU-Fraktion halten grundsätzlich an dem Abtreibungsverbot fest und folgen damit dem Karlsruher Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975. Die parlamentarische Reform des § 218 ist damit gescheitert. Den Frauen bleibt das Selbstbestimmungsreicht über ihren Körper vorenthalten, sie werden bei einer ungewollten Schwangerschaft weiter in die Illegalität getrieben und können drakonisch bestraft werden. Frauen, die von der Indikationsregelung Gebrauch machen wollen, müssen sich einer langwierigen Prozedur unterziehen; wird ihr Antrag abgelehnt, so ist ihnen auch der Weg der Selbsthilfe verbaut, da sie als Schwangere registriert sind.

Die „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" wendet sich deshalb mit Entschiedenheit gegen die Verabschiedung der vorliegenden Entwürfe durch den Bundestag am 12. Februar. Mit dem Indikationsmodell würde sich der Bundestag gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung entscheiden, die das Abtreibungsverbot ablehnt, und sich über das elementare Interesse von Millionen von Frauen hinwegsetzen. Regierung und Parteien können deshalb nicht damit rechnen, daß dieser eklatante Rückfall hinter alle Reformbestrebungen der vergangenen Jahre hingenommen wird.

In der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" haben sich zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Frauengruppen und politische und soziale Organisationen zusammengeschlossen, um die Öffentlichkeit gegen den Versuch zu mobilisieren, das Abtreibungsverbot festzuschreiben. Die jetzt schon beginnende rapide Zunahme von Abtreibungsprozessen sowie die Kriminalisierung der Selbsthilfe von

Frauengruppen, die Abtreibungsfahrten nach Holland durchführen, zeigen, daß mit der Verabschiedung dieses neuen § 218 im Bundestag die relativ liberale Handhabung des Abtreibungsverbots durch die Justiz, die seit der Ankündigung der Fristenreform festzustellen war, vorbei ist.

In verschiedenen Städten werden am 11. Februar Demonstrationen und Veranstaltungen stattfinden. Näheres darüber ist bei den Frauengruppen zu erfahren. In Frankfurt gibt es am 12. Februar einen Aktionstag mit Ständen und Straßentheater auf der Zeil, sowie einer Kundgebung um 18 Uhr. Zu einer Demonstration in Frankfurt ist für den 21.2. aufgerufen".

SPITZELAKTION GEGEN FRAUENZENTRUM

BREMEN (ID) 4.Februar

Die „Aktion Wasserschlag" gegen Wohngemeinschaften in Bremen, von der in ID 110 ein Basisbericht erschien, ist nach Überzeugung der Frauengruppen im Frauenzentrum eine Spitzelaktion gegen das Zentrum gewesen und hat nichts mit der „Suche nach zwei Männern" zu tun, was von Einsatzleiter Emting behauptet wurde. In einem Flugblatt wird festgestellt: „Diese Aktion in Bremen ist ein weiteres Beispiel für die zunehmende Diffamierung und Kriminalisierung der Frauengruppen und Frauen in der BRD. Erst im letzten Jahr wurde das Frankfurter Frauenzentrum von Polizei ausgeräumt, da es Abtreibungsfahrten nach Holland organisiert. Dieser Überfall behindert unsere Arbeit und soll alles, wofür wir uns einsetzen, kaputt machen. Wir Frauen lassen uns das nicht gefallen und werden weiter für unsere Interessen arbeiten!"

Unterzeichnet von: Frauenaktiv, Stadtteilgruppe Walle, Stadtteilgruppe Hastedt, Arbeitsgruppe Frauen des Kommunistischen Bundes (KB), Schwangerschaftsberatungs- und Verhütungsgruppe, Mediengruppe, 218-Gruppe, Gruppe Frauenkultur, Gruppe Psychologie und Psychiatrie, Familienrecht-Gruppe.

NARKOSEARZT DROHT BERUFSVERBOT

EPPENDORF (ID) 23. Januar

Der Im Universitätskrankenhaus Eppendorf beschäftigte Narkosearzt Klaus Weber ist vom Berufsverbot bedroht. Seit Juli 1975 droht ihm ein Anhörungsverfahren der Innenbehörde, ob er die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten. Folgendes wirft die Behörde Klaus Weber vor:

- 1970 Vortragen eines Referats auf einer Palästinaveranstaltung
- Mitarbeit in linken politischen Organisationen
- Besuch einer Veranstaltung zur Arbeitslosigkeit

Dieses Anhörungsverfahren steht in eindeutigem Widerspruch zu den demokratischen Grundrechten: Verbot der Benachteiligung aufgrund von politischen Überzeugungen, Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Koalitionsfreiheit und des Zugangs zu öffentlichen Ämtern allein nach fachlichen Gesichtspunkten.

Erst auf Klage beim Arbeitsgericht gewährte das Senatsamt den Anwälten von Klaus Weber Einblick in die Personalakte, bis heute weigert es sich, die Quellen und Zeugen für seine Beschuldigungen bekanntzugeben.

Es ist nicht das Erste Mal, daß Klaus Weber nicht weiterbeschäftigt werden soll; schon 1973 wurde er in Pinneberg aus einem Arbeitsverhältnis entlassen, nachdem er sich dort mit anderen in der ÖTV organisierten Kollegen für die Belange der Angestellten und Patienten eingesetzt hatte.

Eine Entlassung von Klaus Weber würde das eingespielte Operationsteam der Herzchirurgie stark behindern und damit die Versorgung der Herzpatienten beeinträchtigen. Gerade wo der Mangel an qualifizierten Narkoseärzten besonders groß ist. Die Eppendorfer Herzchirurgie müßte laut „Welt" nach heutigen Erkenntnissen jährlich 600 bis 800 Herzkranzgefäße behandeln. Derzeit können aber nur 100 bis 200 pro Jahr operiert werden.

Die verstärkte Ausdehnung der Berufsverbote fällt in eine Zeit, wo die Sparmaßnahmen zu einer Verschlechterung des Gesundheitswesens führen. Streichung von 3.800 Krankenhausbetten bis 1985, Einstellungsstop sowie Stelleneinsparungen von 3 % bis 1978 verschlechtern einerseits die Betreuung der Patienten, führen andererseits zu einer verstärkten Arbeitshetze für das Personal.

Die jüngsten Berufsverbote machen immer mehr deutlich, daß die Berufsverbotspraxis nicht gegen einzelne gerichtet ist, sondern gegen den Teil der Werktätigen, der arbeitenden und lernenden Jugend, der aktiv für seine Interessen eintritt. Doch mit der Zeit der Gesinnungsüberprüfung (offizielle Zahl 500.000 seit 1972) ist in den letzten Jahren auch der Protest weiter Teile der Bevölkerung gegen diese Berufsverbote gewachsen.

Auch gegen das Anhörungsverfahren gegen Klaus Weber hat sich eine beachtliche Solidaritätsbewegung am Universitätskrankenhaus entwickelt. Es ist eine Berufsverbotskomitee gegründet worden. Das Krankenhaus hat inzwischen die Weiterbeschäftigung von Klaus Weber befürwortet. Die Innenbehörde, von der die endgültige Entscheidung abhängt, besteht aber nach wie vor auf dem Anhörungsverfahren. Sie hat in diesen Tagen die Verwaltung des UKE angewiesen, die Gehaltsfortzahlung für Klaus Weber zu stoppen. Damit wird de facto die Entlassung von Klaus Weber eingeleitet!

Das Berufsverbots-Komitee hat sich die Absetzung des Anhörungsverfahrens zum Ziel gesetzt.

ZUM VERFAHREN GEGEN PROFESSOR SIGRIST

MÜNSTER (ID) 27. Januar

„Am Mittwoch, dem 11. Februar 1976, 9 Uhr, findet vor der XV. Großen Strafkammer des Landgerichtes Duisburg, 1. Stockwerk, Zimmer 101, die Berufungsverhandlung gegen Professor Sigrist statt.

Sigrist war am 12.9.75 vom Duisburger Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 2.000 Mark verurteilt worden. Die Verurteilung erfolgte wegen Beleidigung der Duisburger Polizei und Verächtlichmachung der BRD. (§§ 90a, 185). Anlaß der Verurteilung war eine von Sigrist und anderen herausgegebene Presseerklärung, in der Aufklärung über den Tod des Duisburger Arbeiters G. Routhier gefordert wurde, der an den Folgen eines Polizeieinsatzes gestorben war.

Gleichzeitig läuft gegen Prof. Sigrist ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung. Die Vorwürfe des Wissenschaftsministeriums richten sich im einzelnen gegen ein Gutachten Sigrist's zugunsten Bochumer Studenten, indem er die faschistische Grundhaltung des Bochumer Prof. Papalekas nachwies, gegen einen Aufsatz Sigrist's zur „Unterdrückung und Widerstand in der gegenwärtigen Phase des Imperialismus" (beide abgedruckt in „Bochumer Texte zur politischen Repression" Bd. 1 und 2) sowie einen Beitrag von Sigrist im Kursbuch 32 mit dem Titel: „Imperialismus: Provokation und Repression".

Der Initiativausschuß fordert alle demokratischen und fortschrittlichen Menschen zur Solidarität mit Christian Sigrist auf. (siehe auch Offener Brief, ID 101).

Freispruch für Christian Sigrist
Sofortige Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Christian Sigrist."

Initiativausschuß gegen die Disziplinierung von Prof. Sigrist, c/o Institut für Soziologie, Klosterstr. 46, 4400 Münster

ZU WAS DER VORSITZENDE BEFUGT IST

WENDISCH EVERN (ID) 21. Januar

Der Prozeß gegen Klaus Oellerer geht weiter (siehe ID 105/107). Nachdem die Verteidiger Oellerers,

Maeffert und Remé, mit Verfassungsklage gedroht haben, falls die EDV-Überprüfungen der Zuschauer-Personalien nicht aufhören, stellten sie den Antrag, der Polizei zu untersagen, diese Praktiken fortzusetzen. Dieser Antrag wurde – natürlich – abgelehnt.

Weiter laufen die Anträge gegen die „Sicherungsmaßnahmen" rund um die Mehrzweckhalle in Wendisch Evern. Als Zeuge sollte der Gemeindevorstand des Ortes gehört werden, der mit dem Landgerichtspräsidenten den Mietvertrag geschlossen hat. Es wurde ausgeführt, daß durch die Einrichtung dieser Maßnahmen der Landgerichtspräsident in keinem Fall mehr unparteiisch sein kann, da er den Eindruck erweckt habe, es ginge um einen Prozeß gegen einen „anarchistischen Gewalttäter".

Der V. Senat des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg entschied folgendes: Der V. Senat hat festgestellt, daß der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten offen ist, weil sowohl das Verlegen von Stacheldrahtrollen als auch die Prüfung der Personalien der Zuschauer Maßnahmen sind, die auf dem Gebiet der Strafrechtspflege getroffen worden sind. Bei der Abschirmung der gerichtlichen Baulichkeiten gegen störende Einflüße von außen habe der Präsident des Landgerichts die Hilfe der Polizeibehörden in Anspruch nehmen dürfen. Wie sich aus Flugblättern des Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands (KJVD) ergeben habe, habe für den Präsidenten des Landgerichts auch Veranlassung bestanden, Maßnahmen für den störungsfreien Ablauf der Hauptverhandlung zu treffen.

Der Gerichtsvorsitzende ist im Rahmen seiner sitzungspolizeilichen Gewalt befugt, die Identität der Zuhörer feststellen zu lassen. Zu diesem Zwecke kann er auch eine Gültigkeits- oder Echtheits-Kontrolle der Ausweise oder Pässe anordnen und sich dabei der Amtshilfe der Polizeibehörden bedienen. (Aktenzeichen: V./OVG-B 24/76) Damit haben die Anträge auf Einstellung des Verfahrens wegen Befangenheit des Gerichtsvorsitzenden erstmal den Boden entzogen bekommen, obwohl noch nichts darüber ausgesagt wurde, inwieweit Oellerers Urteil tatsächlich schon „fertig" ist.

Der Prozeß befindet sich zur Zeit in der Endphase der Zeugenvernehmung. Dabei kommt zum Ausdruck, daß Oellerers Aktionen bei der Bundeswehr zum einen nicht alle Soldaten ansprachen, zum anderen diejenigen aber, die mitarbeiteten, vom MAD mit brutalen Verhörmethoden überführt werden sollten und z.T. auch bestraft worden sind.

Wegen der Verhörmethoden des MAD haben die Verteidiger Strafanzeige wegen Nötigung beim Landgericht Hannover gestellt.

Außerdem sagten die Zeugen aus, daß die von Oellerer gestarteten Aktionen nicht der „Wehrkraftzersetzung" dienten, sondern den Soldaten Möglichkeiten geben sollten, sich gegen schikanierende Vorgesetzte zu wehren.

Der letzte Zeuge war das Mitglied des Zentralkomitee der KPD, Ulrich Lenze aus Hamburg. Er hat Klaus Oellerer (der Sympatisant der KPD war) dazu angeleitet, die Arbeit in der Bundeswehr zu führen, da gerade damals (1972) die KPD großes Gewicht auf die Aktionen in der Armee legte. Lenze trug die politische Basis der KPD-Arbeit vor: Bildung einer Einheitsfront gegen US- und UDSSR-Imperialismus und Schaffung einer Volksarmee nach chinesischem Muster.

Keiner der Zeugen ist nach Aussagen der Verteidiger auf sein Aussageverweigerungsrecht hingewiesen worden !!

Inzwischen wurde das Verfahren wegen Sachbeschädigung eingestellt. Oellerer hatte die Parole „Keine Ausbildung faschistischer Offiziere von Marionettenregimen in der Bundeswehr" in der hannoverschen Prinz-Albrecht-Kaserne gesprüht. Und deren Beseitigung „...habe fast 500 DM gekostet..." Das Urteil soll am 30. Januar, 14.00 Uhr verkündet werden.

VERTEIDIGERAUSSCHLUSS UNTER DRUCK DER ÖFFENTLICHKEIT AUFGEHOBEN

MANNHEIM (ID) 25. Januar

(In Ergänzung zur Presseerklärung vom 17. 11.1975): „Zwölf Tage vor der Haftentlassung meines Mandanten Dr. Wolfgang Huber hob das Justizministerium von Baden-Württemberg unter dem wachsenden Druck einer empörten antirassistischen Öffentlichkeit den Verteidigerausschluß gegenübermeinem Kollegen Dr. Klaus Croissant und mir auf.

Eine Begründung dieser Maßnahme nachzuliefern oder auch nur den Versuch einer Rechtfertigung zu machen, sah sich das Justizministerium übrigens ausserstande.

Um den Hungerstreik zu beenden, waren die Justizbehörden nach 72 Zwangsernährungen (Nasensonde), anfangs zwei mal täglich, später mit Unterbrechungen und ein mal täglich, gezwungen, von ihrer Strategie der Überhaft abzugehen und die Haft am 15.1.76 aufzuheben, zumal die per Zwangsernährung gewalttätig einverleibten sogenannten Astronautenkost die seit zwei Jahren bestehende, folterbedingte Resorptionsstörung im Sinn einer Stabilisierung des ständig weiter absinkenden Körpergewichts nicht kompensieren konnte.

Dies alles, nachdem während der letzten Monate Gefangenschaft unter offensichtlicher Ausnutzung des Verteidigerausschlusses mehrere mit Strafbefehlen kombinierte „Hausstrafen" (Isolationsfolter, wechselweise) zudiktiert worden waren, deren Zweck, internen Verlautbarungen zufolge, darin bestand, die Gesamtdauer der Gefangenschaft durch gestufte Provokation von Widerstand seitens des Gefangenen tendenziell in „lebenslänglich" zu verwandeln."

Jürgen Schifferer, Rechtsanwalt, G 7/7, 6800 Mannheim

OFFENER BRIEF DES KOMITEES GEGEN DIE GESETZE ZUR „INNEREN SICHERHEIT"

BOCHUM (ID) 28. Januar

Das „Komitee gegen die Gesetze zur ‚Inneren Sicherheit'" in Bochum hat sich in einem Offenen Brief an den Politischen Buchladen in Bochum-Querenburg gewandt in Zusammenhang mit den Verleumdungen des RCDS (siehe ID 110: RCDS erfindet Baader-Filiale). Der Offene Brief hat folgenden Wortlaut:

„In übelster Springer-Hugenberg-Manier hat der „Ring Christlich-Demokratischer Studenten" e.V. Bochum (RCDS) in seiner Zeitung BO - Nachrichten 1/76 den „Politischen Buchladen" angegriffen:

Unter der Überschrift „Querenburger Bombenküche – Anlaufstelle Internationaler Terroristen" wird behauptet, „der Politische Buchladen ist eine der bestbekannten deutschen Anlaufstellen für Baader-Meinhof-Sympathisanten ... Im Politischen Buchladen können Sie sich darüber informieren, wie man eine Bombe baut oder wie man eine Geiselnahme und Straßenkampf durchführt".

Mit solch übler Hetze mittels erlogener Behauptungen will der RCDS auch hier in Bochum Maßnahmen vorbereiten, wie sie kürzlich schon in München, Hannover und anderorts stattfanden: dort wurden Buchhandlungen und Verlage von Polizei besetzt und durchsucht sowie Beschlagnahmungen durchgeführt unter dem Vorwand, die indizierten Schriften (‚Bommi' Baumann, Wie alles anfing) würden die Gewalt verherrlichen.

Nach den jetzt verabschiedeten Gesetzen zum „Schutz des Gemeinschaftsfriedens" dürfte es noch leichter sein, auch gegen den „Politischen Buchladen" mit ähnlichen Vorwänden vorzugeben, wenn sich nicht alle an breitesten Informationsmöglichkeiten Interessierte dagegen wehren.

Der „Politische Buchladen" ist in Bochum die einzige Buchhandlung, die ihr Sortiment nicht am Profit orientiert, sondern Literatur bereithält, die politisch denkende Menschen zu ihrer Information benötigen. Dazu gehört auch Literatur, ohne die eine sinnvolle Auseinandersetzung beispielsweise mit dem politischen Phänomen „Rote Armee Fraktion" nicht denkbar ist.

Aus diesem Grund können demokratische aktive Menschen in Bochum nicht auf den „Politischen Buchladen" verzichten und müssen die antidemokratischen Angriffe des RCDS aufs schärfste zurückweisen. Wie die Erfahrungen in anderen Städten zeigten, wird dazu der aktive Einsatz aller notwendig sein, denen die Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit lieb ist.

Komitee gegen die Gesetze zur „Inneren Sicherheit"."

ERMITTLUNG GEGEN MEDIZINALDIREKTOR MAYKEMPER EINGESTELLT

GIESSEN (ID) 2.Januar Wie die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Giessen den Eheleuten Alfred und Walburga Brunkhardt jetzt mitgeteilt hat, ist das von ihnen geforderte Ermittlungsverfahren gegen Medizinaldirektor Maykemper und den Regierungsdirektor Künkeler in der JVA Butzbach eingestellt worden. Der Sohn der Brunkhardts, Alfred, war am 5.Januar 1975 im Zentralkrankenhaus der JVA Kassel gestorben. Die Eltern hatten den Vorwurf der fahrlässigen Tötung und unterlassenen Hilfeleistung erhoben. (Zur Vorgeschichte s. auch ID Nr. 78 und 80)

Am 27.12. klagte Alfred Brunkhardt über Übelkeit und Kopfschmerzen und bekam von Maykemper Grippetabletten, bekam zwei Tage später Fieber und mußte erbrechen. Bericht der Eltern und des Gefangenenrates: „Immer noch fand keine ärztliche Untersuchung statt. Der Dr. Maykemper ist ja so qualifiziert, daß er es fertigbringt, 600 Gefangene neben seiner normalen Arztpraxis medizinisch zu betreuen." Sieben Tage nach Beginn der Erkrankung hatte sich der Gesundheitszustand nicht gebessert. Auf dem Krankenrevier bekam er Spritzen und Tabletten. Niemand konnte sagen, was ihm fehlte. Am Nachmittag spuckte der Kranke Blut und Mithäftlinge erreichten seine Verlegung ins Lazarett. Zwei Tage danach wurden Mithäftlinge von Dr.Maykemper befragt, was mit dem Kranken los sei. Dann untersuchte er den inzwischen bewußtlosen Patienten und soll die Verlegung ins Vollzugskrankenhaus nach Kassel angeordnet haben. Nachmittags wurde dann ein Transport vorbereitet, jedoch nicht, wie zu erwarten, mit dem Krankenwagen, sondern in einem mit Matratzen ausgelegten, vergitterten VW-Bus. Man schickte ihn auf eine stundenlange Fahrt nach Kassel; nicht in ein Butzbacher Krankenhaus oder in die Gießener Uni-Klinik, was angesichts des Zustandes des Kranken erforderlich gewesen wäre. In Kassel wurde der Kranke vom Dr.Degenhard (!genau jenem!) untersucht und sofort ins Städtische Krankenhaus überwiesen, wo er 14 Stunden später starb.

Die Anzeige wegen fahrlässiger Tötung, gestellt vom Gefangenenrat und dem Anwaltsbüro der Eltern, wurde von der Strafjustiz verschleppt. Weder Eltern noch der Anwalt hatten, nachdem bereits vier Monate verstrichen waren, den Obduktionsbefund zu Gesicht bekommen.

Die Kripo hatte die Eltern zur Beerdigung gedrängt. Der Bruder Alfreds, der in U-Haft saß, durfte, obwohl er in wenigen Tagen entlassen werden sollte, erst nach langem hin und her, gefesselt an Füßen und in Begleitung von sechs Beamten und weiteren Kriminalpolizisten an der Beerdigung teilnehmen. Die Hinterlassenschaft Alfreds hat Anstaltsleiter Künkeler der Mutter verweigert.

Jetzt hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Gießen das Ermittlungsverfahren eingestellt und begründet dies u.a.: Der Tod könne nicht mit der erforderlichen Sicherheit auf ein pflichtwidriges Unterlassen des Medizinaldirektor Maykemper zurückgeführt werden. Und: Es könne nicht ernsthaft in Zweifel gezogen werden, daß Alfred Brunkhardt an den Folgen einer akuten gelben Leberdystrophie (Endzustand einer malignen oder fulminanten Hepatitis) verstorben sei. Als Ursache käme der Virus Hepatitis in Betracht, der in 80 bis 90 Prozent der Fälle zum Tode führe. Es sei nicht mit hinreichender Sicherheit beweisbar, daß andere frühzeitiger oder schneller einsetzende Maßnahmen als die von Maykemper getroffenen den Tod von Alfred Brunkhardt hätten abwenden können.

Die erhebliche Verschlechterung im Zustand des Erkrankten in der Nacht vom 3. auf 4.1.75 sei als Unglücksfall im Sinne des § 330 c Strafgesetzbuch aufzufallen. Maykemper sei nicht nachzuweisen, daß er die Verschlechterung für so akut lebensbedrohend gehalten habe, daß nur eine sofortige Einweisung in die nächstgelegene Intensivstation der Situation angemessen gewesen wäre; und nur die vorsätzliche unterlassene Hilfeleistung sei strafbar und deshalb für die von Maykemper getroffenen Maßnahmen nicht beweisbar........

DROHENDER ABBAU DER GRUNDRECHTE IN DER BUNDESWEHR

FRANKFURT (ID) 3. Febraur Durch zwei neue Gesetzesvorlagen plant die Bundeswehrführung den gezielten Abbau der minimalen Grundrechte der Soldaten. Das „Gesetz zur Änderung des Soldaten- und Vertrauensmännerwahlgesetzes" trat am 1.5.1975 in Kraft.

Die ohnehin entrechtete Stellung des Vertrauensmannes soll noch mehr geschwächt werden. Im Gesetz wird verdeutlicht, daß der Vertrauensmann auch wegen eines Verhaltens abberufen werden kann, „das geeignet ist, die verantwortungsvolle Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen oder das kameradschaftliche Vertrauen innerhalb des Bereichs, für den er gewählt worden ist, ernsthaft zu beeinträchtigen."

Das bedeutet im Klartext, daß der Vertrauensmann der Willkür seines Kompaniechefs ausgesetzt ist, denn letzten Endes entscheidet er, ob eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen oder das kameradschaftliche Vertrauen gegeben ist.

Kraft Gesetzes verliert der Vertrauensmann sein Amt bereits nach Verlängerung eines Disziplinararrestes von drei statt bisher 14 Tagen. Eine solche Disziplinmaßnahme schließt ihn nun auch von der Wählbarkeit aus.

Mit diesem Änderungsvorschlag werden nicht nur grundlegende Rechte der Soldaten abgebaut, sondern die zweite Neufassung der WDO läuft auf eine Mißachtung der rechtsstaatlichen Prinzipien hinaus. Das, was bürgerliche Politiker uns immer als „freiheitlich demokratische Grundordnung"' verkaufen wollen, wird langsam aber sicher durch parlamentarische Hintertürchen abgebaut. Wie sieht die Novellierung ganz konkret aus?

Bisher durften der Disziplinarvorgesetzte bei „Gefahr im Verzug" nur in fest umrissenen Ausnahmefällen ohne richterliche Anordnung durchsuchen und beschlagnahmen lassen, und er mußte die richterliche Rückendeckung im nachhinein suchen. Künftig soll der Vorgesetzte generell und nicht nur in Sonderfällen ohne richterliche Anordnung tätig werden können, wenn „Gefahr im Verzug" gegeben ist (und ob dies der Fall ist, entscheidet er zunächst allein).

Auf Rat und Siegel eines Richters völlig verzichten will die Bundeswehr in Zukunft bei der Suche nach Soldaten, die sich nach Dienstantritt „unerlaubt von der Truppe entfernt" haben.

ZU JÜRGEN BÄCKER – 5 JAHRE IN U-HAFT

BERLIN (ID) 2.Februar Jürgen H.Bäcker, der unser Mandant ist, sitzt seit dem 3.Februar 1971 in Untersuchungshaft. (Siehe ID Nr. 110) Das sind bis zum 3.Februar 1976 fünf Jahre ununterbrochene Einzelhaft, jeden Tag davon mehr als 23 Stunden alleine in einer Zelle von 8 qm Größe eingesperrt. Das sind fünf Jahre unter Haftbedingungen, denen gegenüber die Strafhaft mit ihren ohnehin schon völlig ungenügenden Möglichkeiten zu Gemeinschaftsveranstaltungen, Gemeinschaftszellen, Sport, Fortbildung und Arbeit dennoch eine Fülle von Erleichterungen mit sich bringen würde – denn die Untersuchungshaft, gerade in Moabit, bietet keine einzige dieser Möglichkeiten.

Nach fünf Jahren solcher tatsächlich zerstörerischer Untersuchungshaft ist die ph, .sische und psychische Gesundheit des Jürgen H.Bäcker bereits erheblich angegriffen und gefährlich bedroht. Neben ein bereits chronisches Nierenleiden und Durchblutungsstörungen treten immer öfter Kreislaufzusammenbrüche, Konzentrationsunfähigkeit und Halluzinationen als psychische und psychosomatische Folgen einer sozialen Isolierung, die selbst die Isolierung von den Mitgefangenen mit einschließt.

Nach dem Gesetz soll die Untersuchungshaft keine Strafe sein, soll nicht zerstören und vernichten, sondern lediglich das Verfahren und die eventuelle Strafvollstrekkung sicherstellen. Im Falle des Jürgen H.Bäcker, der wohl nahezu einmalig dasteht, überlagert jedoch längst die vernichtende Wirkung einer fünfjährigen Untersuchungshaft deren eigentlichen Sinn. Die Untersuchungshaft ist hier schlimmere Strafe als die Strafhaft; durch sie wird deutlich und absehbar die Persönlichkeit unseres Mandanten und seine Lebensfähigkeit zerstört. Von solchen Tatsachen muß der weitere Vollzug der Untersuchungshaft haltmachen.

Dem darf nicht entgegenstehen, daß Jürgen H.Bäkker erstinstanzlich wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Roten Armee Fraktion — RAF — und wegen Bankraubes zu neuen Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. .. Urteil ist nicht rechtskräftig, es ist vielmehr nicht unwahrscheinlich, daß es in der Revisionsinstanz aufgehoben werden wird. Selbst das erstinstanzliche Urteil hält unserem Mandanten eine Fülle mildernder Umstände zugute, so daß die Höhe des Strafausspruches nur aus den seinerzeitigen politischen Bedingungen heraus zu erklären ist. Selbst nach diesem Urteil könnte unser Mandant, wäre es rechtskräftig, im übrigen bereits jetzt, spätestens aber Anfang 1977 aus der Haft entlassen werden. Während Jürgen H.Bäcker mittlerweile vom Vorwurf der Teilnahme an der Baader-Befreiung rechtskräftig freigesprochen worden ist, wird zudem die Revisionsentscheidung in dieser Sache nun bereits seit eineinhalb Jahren verzögert. Die Dauer und die Bedingungen seiner Untersuchungshaft stellen unseren Mandanten bei dieser Sachlage immer häufiger vor die Frage, die Revision eher zurückzunehmen, um lieber in die Strafhaft zu kommen und dort wenigstens zu überleben.

So wird die Untersuchungshaft im Falle des Jürgen H.Bäcker noch zusätzlich zum Erpressungsmittel für seinen Verzicht auf ihm zustehende Rechtsmittel.

Als Verteidiger des Jürgen H.Bäcker teilen wir der ..fentlichkeit unsere auf den oben geschilderten Umständen gegründete ernste Sorge um die Gesundheit und das Leben unseres Mandanten mit. Wir sind nicht der Auffassung, daß, wie es das Landgericht Berlin und das Kammergericht noch im letzten Jahr getan haben, als sie die Haftverschonung für unseren Mandanten ablehnten, die Zerstörung des Menschen Jürgen H.Bäcker deswegen in Kauf genommen werden dürfte, weil er vor über fünf Jahren angeblich der RAF angehört haben soll.
Es ist deshalb für Jürgen H.Bäcker erneut Haftbeschwerde eingelegt und mindestens seine sofortige Verlegung in die Strafanstalt Tegel beantragt worden. Wir fordern die Öffentlichkeit auf, dieses Bemühen um Gesundheit und Leben des Gefangenen Jürgen H.Bäcker, das bereits von vielen Persönlichkeiten mit getragen wird, nachhaltig zu unterstützen.

Rechtsanwalt Rainer Elfferding
Rechtsanwalt Ernst Röver
1 Berlin 20, Markt 4

AN KOMMUNISTEN WIRD NICHTS VERKAUFT

BREMEN (ID)
27.Januar 1976

Am 1.Dezember 1975 betrat ich die Buchhandlung Storm, um ein auf meinen Namen bestelltes Buch abzuholen (N.Wiener, Kybernetik/Regelung und . . . .) ! Dieses Buch benötige ich für mein Mathematikstudium (5.Semester Dipl.). Ich wollte gerade meinen Wunsch einem Verkäufer, der sich dann als der Eigentümer dieser Buchhandlung, Herr Nehen, entpuppte, mitteilen, als er zu mir sagte: „Offenbar sind Sie in der KPD oder DKP..." Einwand von mir:„Das ist ein grosser Unterschied..." „...jedenfalls sind Sie Kommunist, und ich bin einer von diesen Scheißliberalen, profitmaximierenden Buchhändlern und verkaufe nichts an Leute, die totalitäre Regime unterstützen, wo es keinen freien Buchhandel gibt. Verlassen Sie bitte mein Geschäft!"

Frage von mir:„Meinen Sie das ernst, und wenn, können Sie mir das dann schriftlich geben?" Er:„Für mich genügt die mündliche Mitteilung". Daraufhin mußte ich den Laden verlassen, ohne mein bestelltes Buch kaufen zu können. Meine Mitgliedschaft in der DKP hatte Herr Nehen wahrscheinlich an einer DKP-Nadel erkannt, die ich an der Jacke trug."

(aus: Bremer Universitätszeitung, 15.1.76)

FASCHISTISCHER BRANDANSCHLAG AUF BERLINER BUCHLADEN

BERLIN (ID)
5. Februar

In der Nacht vom 3. auf den 4. Februar wurde auf den Kollektiv-Buchladen der TU-Berlin ein Brandanschlag verübt. Der Sachschaden, der hauptsächlich durch das Löschwasser der sofort alarmierten Feuerwehr entstanden ist, wird auf 30 bis 40.000 Mark geschätzt.

Nach Aussagen des Hauswarts und eines weiteren Zeugen, die gegen 5 Uhr durch das Einschlagen des Schaufensters geweckt wurden, handelte es sich bei den Tätern um zwei bis drei Personen, die, offenbar betrunken, Hitlerparolen schrien. Nachdem einer Benzin in das eingeschlagene Loch gegossen hatte und das Feuer gelegt hatte, floh die Gruppe. Dem herbeigeeilten Hauswart erklärte noch einer, er wolle nur man schnell fahren und die Feuerwehr holen. Der Hauswart konnte sich jedoch das Kennzeichen des Autos, das die ganze Zeit mit laufendem Motor denebenstand, notieren.

Nach Ermittlungen des Staatsschutzes handelt es sich bei dem Fahrer um den 30jährigen Hans Peter Henke. Bei seiner Festnahme habe er den Beamten Hitlerparolen entgegengerufen und versucht, seinen Schäferhund auf sie zu hetzen. Der Berliner Extra-Dienst stellte fest, daß Henke früher bis zu seinem Ausschluß Mitglied der NPD war, und danach der rechtsradikalen Nationaldemokratischen Befreiungsbewegung (NDBB) beigetreten ist.

Dies ist schon der dritte Anschlag auf den Kollektiv-Buchladen seit Oktober letzten Jahres: zweimal wurde die Schaufensterscheibe eingeschlagen (Kostenpunkt: 800 Mark). Bei einem anderen linken Berliner Buchladen wurde kürzlich durch die Scheibe geschossen.

GEMÜTLICHE ATMOSPHÄRE IM PROZESS GEGEN NAZI–KAMPFGRUPPE

DÜSSELDORF (ID)
28. Januar

Vor der IV. großen Strafkammer des Landgerichtes Düsseldorf fand heute der dritte Verhandlungstag gegen zehn Mitglieder der „Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland" wegen Gründung einer „rechtsextremen kriminellen Vereinigung" statt. Einige der Angeklagten müssen sich auch wegen illegalem Waffenbesitz und Besitz von Kriegswaffen verantworten. Die Anklageschrift wirft dem Waldarbeiter Manfred Knauber vor, als ‚Rädelsführer' zusammen mit dem Hauptfeldwebel Horst Gädicke, dem Schlosser Wilhelm Baier und ferner Hermann Kempf, Walter Luttermann, Otto Löw, Stefan Ringut, Bernd Grett, Bernhard Schröpfer sowie Stefan Faber am 22. April 1972 in Gädickes Ingolstädter Wohnung eine Gründungsversammlung abgehalten zu haben, auf der man als Dachverband die „Kampfgruppe Großdeutschland" und auf regionaler Ebene die „Kampfgruppe Adolf Hitler" für Bayern ins Leben gerufen habe. Man habe vereinbart,

nationalistische und antijüdische Propaganda zu betreiben, wegen der Ungesetzlichkeit des Vorhabens zunächst nur illegal zu arbeiten, sich Decknamen zuzulegen und sich leichte Infanteriewaffen sowie Sprengstoff zu beschaffen. Die Waffen wollte man allerdings nicht gegen den Staat richten, sondern bei Auseinandersetzungen mit den ‚Roten' benutzen.

An dem Punkt wird klar, warum die zehn Angeklagten, nennen wir sie fortan beim Namen, warum also die zehn Faschisten sich seit dem Auffliegen der Kampfgruppe im Oktober 1972 auf freiem Fuß befinden und warum der Vorsitzende Dr. Hedding sich mit ihnen im freundlich-väterlichem Ton, mit gekonnt eingeworfenen Scherzen garniert, unterhält: Diese Gruppe wollte ja nicht den Staat angreifen, sondern sich auf den Krieg mit den ‚Roten' geistig und materiell vorbereiten. Heddings (und des Staates) Motto: „Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde!"

Selbstverständlich findet der Prozeß nicht unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen statt, selbstverständlich widmet die ‚Rheinische Post', das auflagenstärkste (CDU-) Blatt am Ort, dem Beginn des Prozesses nur eine Randnotiz, selbstverständlich ist der Richter bemüht, fein säuberlich zwischen ‚national' und ‚nationalsozialistisch' zu unterscheiden, denn als ‚national' scheint er seine eigene Haltung zu definieren, folglich kann er sich von den Angeklagten nur abhaben, wenn er sie mit dem Etikett ‚nationalsozialistisch' versieht, obwohl sich die angeklagten Faschisten alle als ‚national-gesinnt' bezeichnen.

Die Anwälte der Faschisten ergriffen kaum das Wort und die ‚Kameraden' der ‚Kampfgruppe' belasteten sich auf köstliche Weise gegenseitig – wohl auch in dem Bewußtsein, daß ihnen sowieso nichts passiert.

Hauptfeldwebel Gädicke, der zuerst vernommen wird, erzählt, daß auf der Gründungsversammlung am 22.4.1972, wo man auch später fröhlich gezecht und Faschistenlieder gesungen hat, auch zwei Amerikaner (vermutlich von der in den USA ansässigen ‚NS-Auslandsorganisation, Anm.) anwesend waren. Einer von ihnen sprach gut deutsch und zum Abschied spendeten sie 125,– DM für ein Druckvorhaben. In Gesprächen hätten die Amis bestätigt, daß sie in den USA öffentlich ohne Schwierigkeiten auftreten könnten. Gädickes Aussagen weisen darauf hin, daß viele „gleichgesinnte Kameraden" aus der NPD und der NJ (Nationale Jugend) kommen. Zumindest verbal und durch Abos des ‚Freiwilligen' (Nazizeitung) hat er mit anderen Mitgliedern die SS-Hilfsorganisation HIAG unterstützt.

> Die HIAG entstand 1951 als „soziale Hilfsorganisation" getarnt und wurde zum Sammelbecken der Traditionsvereinigungen der einzelnen SS-Divisionen. Publikationsorgane: „Wiking-Ruf" und „Der Freiwillige", seit 1958 vereinigt. Zu den Gründern zählen der inzwischen verstorbene ehemalige Kommandeur der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler", SS-Obergruppenführer Sepp Dietrich. Die HIAG verfügt über beträchtliche finanzielle Reserven. Sie umfaßt über 100 Gliederungen mit rund 40 Traditionsverbänden und unterhält Verbindungen zu anderen Soldatenverbänden und neonazistischen Organisationen.

Auf die Frage des Vorsitzenden bestätigt Gädicke, daß ihm bekannt war, daß in der BRD ein Verbot existiert, NS-Parolen, Abzeichen und Gedanken zu verbreiten. Den ‚NS-Kurier' verschickt zu haben, streitet er ab, obwohl bei ihm einige schon versandfertige Exemplare gefunden wurden. Er gibt aber zu, daß die ‚Kampfgruppe' im Sinne des Nationalsozialismus aufgebaut werden sollte und daß sie als Keimzelle den Dachverband vergrößern sollte.

Die bei ihm gefundene M-42 Munition hat er angeblich „im schwarzen Bestand" zu Hause gehabt, weil ein Zugführer wie er so was eben macht, um bei Übungen abhandengekommene Munition ohne große Formalitäten ersetzen zu können. Der Vorsitzende hat darauf nichts anderes zu tun, als sich auf seine eigene Wehrmachtszeit zu beziehen und sich von Gädicke die Munitionsunterscheidungsmerkmale erklären zu lassen.

Die vom Vorsitzenden Hedding an verschiedene Angeklagte gerichtete Frage bezüglich der Illegalität wird so beantwortet, daß man insofern illegal arbeiten wollte, als man Schwierigkeiten befürchtete, wenn man sich für die ‚nationale Sache' einsetzt. Laut Löw wollte man sich Decknamen zulegen, damit „die Sache auf die Beine kommt, ohne daß irgendwas störend eingreift." Sehr konspirativ auch die ‚88' unter sehr vielen Briefen, die zweimal für den 8. Buchstaben des Alphabets steht und HH = ‚Heil Hitler' bedeutet.

Hedding zitiert einen Brief in dem es heißt, die ‚Kampfgruppe' solle Aufgaben wahrnehmen, zu denen die Bundeswehr nicht im Stande ist. (!) Löw streitet seine Beteiligung an Schießübungen bei Luttermann ab, gibt aber zu, daß auf der Gründungsversammlung darüber gesprochen wurde, später Waffen zu besorgen. (Bei den Haussuchungen im Okt. 72 wurden zahlreiche Waffen gefunden.)

Dabei beruft Löw sich darauf, daß man Hoffmann, den Führer der Wehrsportgruppe in Nürnberg, vor Gericht freigesprochen habe und man die zu beschaffenden Waffen ebenfalls nur für eine Wehrsportgruppe benutzen wollte.

> Der Verweis auf Hoffmann ist nicht schlecht gewählt. Seine „Wehrsportgruppe" ist eine Sektion des rechtsradikalen „Stahlhelm" und hat sich durch paramilitärische Übungen, Tragen von Nazi-Emblemen, und Überfälle auf DKP, KPD/ML und andere linke Gruppen hervorgetan. Laut Zeitungsberichten stellt Hoffmann zur Zeit eine aus mehreren hundert Mann bestehende Söldnertruppe zum Anti-Guerillaeinsatz in Rhodesien zusammen. Dies alles, samt einem riesigen beschlagnahmten Waffenarsenal konnte den festen Glauben des Gerichtes an Hoffmanns Unschuld nicht erschüttern: am 1.7.1975 wurde er freigesprochen.

Grett, anscheinend noch Unteroffizier bei der Bundeswehr, kennt sich in Waffen gut aus, wie sein Kommentar zu Fotos von Waffen, die man bei ihm und seinen ‚Kameraden' gefunden hat, zeigt. Er sagt mit kaum zu erschütternder Selbstverständlichkeit aus, daß er nach der Verhaftung durch seinen Kompaniechef als Waffenkammerhüter (!) eingesetzt worden ist. Befragt nach einem der anwesenden ‚Kameraden' (Name nicht verstanden) gibt er an, diesen noch vor ein paar Wochen auf einem Bundeswehrlehrgang getroffen zu haben. (!)

Löw, 1972 auch Bundeswehrsoldat, sagt aus, der leitende Kripobeamte Stiller habe im Okt. 72 zu ihm gesagt, bevor es zur Haussuchung komme, solle er die Sachen (seine Waffen-‚sammlung') lieber freiwillig rausgeben. Gädicke hat nach der Haussuchung bei sich zu Hause sehr bald seinen Karabiner 98 von der Polizei zurückbekommen, mußte ihn aber zwei Wochen später noch mal rausgeben („Wir beschießen den mal in Düsseldorf, dann kriegen Sie ihn zurück")

Angeblich finanzierte sich die ‚Kampfgruppe' aus 10,– DM Monatsbeitrag pro Mitglied, und man hätte von April bis Okt. 72 nicht mehr als 70,– DM auf das gemeinsame Konto eingezahlt.... Interessant in diesem Zusammenhang, daß Faber zugibt, man hätte später, wenn man unterstützt worden wäre, Waffen für den Kampf gegen die ‚Roten' zu lagern.

Löw, ‚Kassierer der Kampfgruppe', gibt an, das Geld sollte nicht zu Waffenkäufen benutzt werden, „für 100,– DM kriegt man ja keine Waffe!" Außerdem wollte man Geld nicht wie die „kriminelle Baader-Meinhof-Bande" ranschaffen, sondern auf rechtmäßige Weise: durch Spenden. Vom Vorsitzenden nach Gönnern, z.B. Firmen, gefragt, verneint Löw eine solche Unterstützung.

Auch Grett bekräftigt noch mal, man „wollte sich nicht in das Fahrwasser der kriminellen Baader-Meinhof-Bande begeben und schon gar nicht das Eigentum deutscher Staatsbürger antasten". Auf die Vorhaltung des Vorsitzenden, aus Briefen ginge hervor, daß die ‚Kampfgruppe' gegen Bolschewismus und Kommunismus kämpfen wollte, sagt Grett: „Da sehe ich nichts Kriminelles drin, im Gegenteil!" (Darauf sagte der Vorsitzende kein Wort) Später fragt Hedding den Faber, wie er sich das Vorgehen gegen die ‚Roten' vorgestellt hat. Darauf sagte dieser: Wenn da mal wieder Strassenkämpfe sind, Arbeitslosigkeit, und sich alles radikalisiert, dann wollten wir bereit sein, um antreten zu können! Vorsitzender: Auch zurückschlagen und zurückschießen? Faber: Ja, ja, auf jeden Fall!

Der Vorsitzende macht den vom Publikum teils erschüttert, teils mit Gelächter aufgenommenen Versuch, die Bereitschaft der ‚Kampfgruppe' zur Gewaltanwendung auf die ‚süddeutsche Mentalität' der meist aus Bayern stammenden Faschisten zurückzuführen. („Wenn Füssen spielt, schlagen die sich ja auch gerne!")

Da kann man abschließend eigentlich nur noch aus einem FR-Artikel vom ersten Prozeßtag zitieren: „...er (der Vorsitzende)

betonte, daß nicht über eine politische Meinung Gericht gehalten werde und erklärte, daß der Spruch aus Dantes göttlicher Komödie „Laßt alle Hoffnung fahren" hier nicht zutreffe."

Weitere Prozeßtermine: 11.2./12.2./– jeweils 9.00 h, Landgericht Düsseldorf, Saal L 115

INTERNATIONALES

POLIZEI ERSCHIEßT WIEDER EINEN DEMONSTRANTEN

LISSABON (LIBÉ/ID) 22. Januar Am Tag nach der Verhaftung von Otelo und der Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes zu den Ereignissen um den 25. November schossen Angehörige der fast ungesäuberten Sicherheitspolizei PSP auf Demonstranten.

Ein Demonstrant wurde getötet und 5 verletzt. Die Schiesserei fand statt, als sich gegen 17 Uhr ein Demonstrationszug auf dem Rossio formieren wollte. Die Demonstration, zu der sieben dem MRPP nahestehende Gewerkschaften aufgerufen hatten, sollte vor das Arbeitsministerium ziehen, um die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche zu fordern. An der Demonstration beteiligten sich vor allem Telefonistinnen, Druckereiarbeiter, Journalisten und Krankenschwestern. Sie war vom Zivilgouverneur erlaubt.

DIE NATIONALGARDE SCHOSS, UM ZU TÖTEN

LISSABON (ID) 4. Februar Vor einem Monat wurde bei einer Demonstration in Porto der Deutsche Günther Bruns erschossen. In der portugiesischen Zeitung „Revolucão" berichtet ein Augenzeuge über den Angriff der Nationalgarde GNR'.

" Mir fällt es schwer, das alles zu glauben. Manchmal denke ich, es war nur ein Alptraum, den ich hatte, aber was sich in der Tat abgespielt hat, ist folgendes: ich war zusammen mit vielen tausenden von Arbeitern beim Gefängnistor, um gegen die Gefangenhaltung der revolutionären Militärs zu protestieren. Ein Auto und VW-Bus mit Zivilisten drin fuhr aus dem Gefängnistor. Das Auto fuhr nach ein paar Minuten weiter, da vor ein paar Tagen mehr als 30 Pide freigelassen wurden, dachten die Arbeiter, daß es sich hierbei um weitere Pide handelt, die man freilassen wollte und man schrie: „a reaccão nao passará" (die Reaktion wird nicht durchkommen). Der VW-Bus war so etwa eine halbe Stunde blockiert und ist dann wieder ins Gefängnis zurückgefahren. In diesem Moment sprang die GNR von ihren Pferden ab und begann, mit Gewehrkolbenstößen die Demonstranten, die in der ersten Linie waren, zu vertreiben. Die Demonstranten schrien: „Mörder, Faschisten". Hierbei ritten einige GNR gegen die Demonstranten vor, nicht um sie zu vertreiben, sondern damit diejenigen GNR, die zu Fuß waren, ihre Waffen in Feuerstellung bringen konnten. So wie sie die Waffen hielten, war klar, daß sie nicht in die Luft schießen wollten, sondern daß sie schießen wollten, um zu töten. Alle Demonstranten zogen sich Hals über Kopf auf ein Feld zurück, das wenige Meter vom Gefängnis entfernt lag. Als ich mich ducken wollte, hörte ich ein „Ah" von einem neben mir, der sich auch ducken wollte. Ich hörte ihn stöhnen, und dachte, daß er sich wehgetan hatte, als er sich ducken wollte, und ich fragte ihn: „Eh du, hast du dich verletzt? Bist zu verletzt? " Aber er stöhnte nur und dann sah ich, daß ihm Blut aus dem Mund rann. Dann wendete ich ihn auf den Bauch und sah, daß er ein Loch im Rücken hatte. Ich erhob seinen Körper ein bißchen und schrie: „Schießt nicht mehr, hier ist ein Verletzter". Und genau in diesem Augenblick schossen sei zu uns mit Maschinengewehrfeuer hinüber, daß sogar Steine, die in unserer Nähe waren, zerschlugen. Ich legte mich dann ganz flach und fühlte die Tränen in meinen Augen, weil neben mir ein Junge am sterben war und verblutete, ohne daß ich ihm helfen konnte. Nach einer Weile hörten sie dann auf zu schießen und ich mit drei weiteren Demonstranten hoben ihn auf die Arme und wollten sehen, ob wir ihn zur Krankenstation des Gefängnisses bringen konnten, um ihn zu retten. Als wir bei der GNR ankamen, sagte ich: „Sehr euch das an, seht, was ihr angerichtet habt." Ich konnte nicht mehr weitersprechen, weil einige der GNR uns ihre Gewehre auf die Brust drückten und sagten: „Haut ab, haut ab, sonst bekommt ihre es jetzt auch noch". Inzwischen kamen auch andere Demonstranten, die die Verletzten auch zur Krankenstation bringen wollten. Als sie aber sahen, wie wir empfangen wurden, gingen sie wieder zurück. Als wir den Verletzten auf den Boden legten, fingen sie wieder an zu schießen. Als sich diese Möder endlich müde geschossen hatten und als ein paar Krankenwagen ankamen, habe ich erfahren, daß dieser Junge ein Deutscher war. Später erfuhr ich, daß er gestorben ist, da nannte ich die GNR zweimal „Mörder". Mörder, weil sie schoß, um zu töten, und Mörder, weil sie uns hinderte, die Verletzten zu retten."

Zu den offiziellen Stellungsnahmen, die GNR habe nur in die Luft geschossen, um die angreifenden Demonstranten zu vertreiben, sagt er: „Alle wurden in den Rücken geschossen. Das heißt, daß keiner das Gefängnis überfallen wollte. Es ist doch klar, daß keiner ein Gefängnis überfällt, indem er abhaut.".

ZUM PAKT MFA – PARTEIEN

FRANKFURT (PN/ID) 27. Januar Nachdem die wichtigsten Parteien ihre Vorschläge zu einem Pakt MFA – Parteien bis zum 30. Dezember dem Revolutionsrat unterbreitet hatten, hat dieser am 13. Januar seinen Gegenvorschlag bekanntgegeben. In wichtigen Fragen (wie z.B. Direktwahl des Staatspräsidenten, Verzicht auf die Rolle der Delegierten-Versammlung der MFA, Anerkennung der Rolle der demokratischen Institutionen) gab der Revolutionsrat (C.R.) den Vorstellungen von PS, PPD und CDS nach. Im allgemeinen aber behält der CR das letzte Wort und die Möglichkeit, Einfluß auf viele politische Entscheidungen zu nehmen, d.h. die Militärs werden noch in einer Übergangszeit (4 bis 5 Jahre) die Rolle der „Garanten über die ordnungsgemäße Funktion der demokratischen Institutionen, die Verfassungstreue und die Treue zum Geiste der demokratischen und sozialistischen Revolution" spielen. Daß diese Garanten-Macht erst recht von reaktionären Offizieren mißbraucht werden kann, sei dahingestellt.

Wir bringen eine Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen des CR-Gegenvorschlags:

1. Souveränitätsorgane des Staates

Der Staatspräsident, der Revolutionsrat, die Gesetzgebende Vollversammlung, die Regierung und die Gerichte.

2. Staatspräsident

Er wird vom Volk direkt gewählt und übernimmt gleichzeitig den Vorsitz des Revolutionsrates und den Posten als Generalstabschef der Streitkräfte. (Sehr schwierige Aufgabe für einen Zivilisten!) Er ernennt den Regierungschef und darf das Parlament auflösen auf Antrag bzw. im Auftrag des Revolutionsrates, und dabei muß er Neuwahlen innerhalb von 90 Tagen ausschreiben. Gesetze vom Parlament, Erlasse von der Regierung oder gesetzliche Bestimmungen vom Revolutionsrat (CR) müssen vom Staatspräsidenten unterschrieben werden.

3. Revolutionsrat

Der CR regelt seine Zusammensetzung und sein Funktionieren selber. Er dient als Rat des Staatspräsidenten und kann dem Präsidenten allein bestimmte Vollmachten erteilen. So zum Beispiel über Kriegserklärungen, über die Auflösung des Parlaments, über die Erklärung des Ausnahmezustandes. Der CR kann die Rolle der anderen gesetzgebenden Staatsorgane übernehmen, falls diese nicht nach der Verfassung handeln. Er muß über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen oder Erlassen entscheiden, falls dies vom Staatspräsidenten oder vom CR selbst verlangt wird, wozu er von einer Verfassungskommission (zur Hälfte aus Richtern und zur Hälfte aus Rechtsanwälten zusammengesetzt) aus Fachleuten beraten wird. Vetorecht hat der CR über:

– die Ernennung des Regierungschefs.
– die Gesetze oder Erlasse betreffend: die Grundlinien der Wirtschafts-, Sozial- oder Steuerpolitik; die Definition der Grenzen zwischen den staatlichen, gemeinschaftlichen oder privaten Bereiche des Eigentums; außenpolitische Beziehungen; nationale Verteidigung; Reglementierung der Versammlungsfreiheit mit politischen Zwecken und der Wahlen.

4. Verbindung zwischen der Regierung, dem Staatspräsidenten und dem Parlament

Die Regierung ist verantwortlich gegenüber dem Präsidenten und dem Parlament. Jene muß innerhalb von 15 (oder 30) Tagen ihr Programm veröffentlichen und dem Programm überreichen. Anträge zur Ablehnung des Regierungsprogramms können nur von mindestens 1/4 der Abgeordneten gestellt werden, angenommen werden aber nur mit absoluter Mehrheit aller Abgeordneten.

5. Andere Bestimmungen

Die erste Legislaturperiode beträgt 4 Jahre. In der zweiten Legislaturperiode hat das Parlament verfassungsgebende Kraft. Die Übergangsperiode endet mit dem Inkrafttreten der (evtl.) neuen Verfassung. Das erste Mandat des Staatspräsidenten endet 3 Monate nach dem Ablauf der Übergangszeit. In der ersten Legislaturperiode kann das Parlament die Verfassung in einzelnen Punkten ändern, falls der Staatspräsident mit Einverständnis des CR es ausdrücklich erlaubt.

REAKTION DER PARTEIEN

Die PPD stellte sich als erste Partei gegen diesen Vorschlag der Militärs: „Die übermäßige Machtkonzentration in den Händen des Revolutionsrates, der sogar die gesetzgeberische Funktion des Parlaments übernehmen kann, die schwache Zuständigkeiten des Präsidenten und die zeitliche Dauer der Übergangsperiode gefallen Sá Carneiro nicht, der den CR-Vorschlag in der jetzigen Form als „unannehmbar" bezeichnet ....

Wir glauben an diesem Pakt die Handschrift von Melo Antunes zu sehen: er ist ein Kompromissvorschlag an die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie und ihre Gehilfen in der Arbeiterbewegung. Aber ein Kompromiss, der keine demokratische Meinungsbildung im Militär mehr zuläßt und der die (noch nicht tödlich verwundete) Volksmacht unauffällig zu liquidieren versucht.
(aus: Portugal Nachrichten 20)

DAS GRÖßTE KKW DER WELT IN PLANUNG

NOGENT (ID/LIBÉ) 20. Januar

Die staatliche Elektrizitätsgesellschaft EDF (electricité de france) und die französische Regierung planen eine Zentrale der Atomenergie etwa 100 km flußaufwärts von Paris entfernt in Nogent sur Seine. Die Anlage soll die Kapazität von 5200 MW haben und ist damit der größte Reaktor der Welt. Das Kraftwerk soll von der Seine gekühlt werden. Die Seine hat eine Durchflußkapazität von etwa 80 m^3/sec (Rhein 200 und Rhone 350 m^3/sec.). Die Aufheizung des Wassers wäre so groß, daß die Schäden für die noch in der Seine vorhandenen Tiere durch den erzwungenen übermäßigen Algenwuchs unabsehbar wären. Außerdem würde die Aufwärmung des Wassers durch die Kühltürme des Land mehrere Monate im Jahr in einen dichten Nebel hüllen.

Damit nicht genug: Sollte das Projekt einmal realisiert werden, wäre es eine perman ente Bedrohung für die Bevölkerung. Aus dem Grundwasser dieser Gegend kommt ein Viertel des Trinkwassers von Paris. Diese Reserve kann leicht durch atomare Abfälle, wenn sie erst einmal in den Boden gelangt sind, verseucht werden.

Die Einwohner von Nogent sur Seine waren nicht wenig erstaunt, als sie hörten, daß die EDF erklärt hatte, alles Gerede über die Gefährlichkeit des neuen Projekts sei nicht ernst zu nehmen – denn die Mehrheit der dort ansässigen Bevölkerung hatte eine Resolution gegen das Projekt unterschrieben. Die Bürgermeister einiger Gemeinden haben eine Gesellschaft zur Rettung des Seinetals gegründet.

INFORMATION ZU LARZAC

FRANKFURT (ID) 4. Februar

In Südfrankreich kämpfen seit Jahren die Bauern von Larzac gegen die Errichtung eine s Militärgeländes auf ihrem Land. 103 Familien wehren sich erfolgreich gegen den französischen Staat. Mit der Hilfe von 100.000 sympathisierenden französischen Bürgern verteidigen sie bisher ihre Existenzgrundlage.

Es liegt eine Broschüre vor, die zeigt, wie die Bauern dort kämpfen, warum sie erfolgreich sind.

Zur Broschüre: Kostenpunkt 2,80 Mark, ab 10 Exemplaren 2, 50 Mark. Bestellungen an: T. Kroh, A. Urban, Neutorstraße 37, 6500 Mainz . Seit dem Oktober 1975 haben fünf Franzosen in der gleichen Gegend einen Bauernhof besetzt. Sie haben daraus ein Zentrum für Kontakte und zivilen Widerstand gemacht, und wollen eine Bibliothek über zivilen Widerstand aufbauen; sie hoffen auf Unterstützung. Adresse: Le Cun, La Blaquerie, 12230 La Cavalerie, France.

DER HUNGERSTREIK VON FRANK STAGG – DEMONSTRATIONEN

BELFAST (ID) 4.Februar

Frank Stagg und Gerry Mealy befinden sich kurz vor dem Tode. Für Frank Stagg ist es der vierte Hungerstreik innerhalb von 2 Jahren, um seinen politischen Status durchzusetzen und die Überführung in ein nordirisches Gefängnis: die einzige Chance, die totale Isolierung aufzuheben.

Zur Unterstützung von Frank und Gerry finden in Irland und England sowie in USA und Australien große Protestdemonstrationen statt. In England haben sich mehrere Labourabgeordnete dem Protest angeschlossen.
Es kommt auf jede Stunde an: Schickt Telegramme und Briefe an „Harold Wilson, Premierminister, 10 Downing Street, London."

GROSSE DEMONSTRATIONEN IN DERRY UND LONDON ZUR ERINNERUNG AN DEN BLUTSONNTAG

Vor 4 Jahren wurden 13 unbewaffnete Teilnehmer einer Bürgerrechtsdemonstration in Derry von britischen Fallschirmjägern ermordet. In Erinnerung an dieses Ereignis demonstrierten am 31.1.76 Tausende von Katholiken in der Bogside von Derry. Dabei wurden 3 britische Soldaten durch Wurfgeschosse schwer verletzt, als 200 Jugendliche die anrückenden, provozierenden Soldaten der britischen Armee angriffen. Ein Sprecher der Sinn Fein (politische Organisation der IRA) erklärte in seiner Rede: „Wir müssen klarstellen, daß es keine Form britischer Herrschaft gibt, die für unser Land akzeptabel wäre."
In London demonstrierten 2000 Menschen, obwohl die irischen Teilnehmer der Demonstration nach dem verschärften britischen Immigration Act mit Ausweisung rechnen mußten.

DEM NUMERUS CLAUSUS ENTGEGEN

ZÜRICH (ZEITDIENST/ID) 26. Januar

Ökonomen und Juristen an der Universität Zürich unterliegen seit dem Wintersemester 75/76 einer Voranmeldepflicht. Rektorat und Erziehungsrat gehen damit einmal mehr den bequemen Weg, der direkt zum Numerus Clausus führt. Die Studentenschaft erklärt dazu in einer Pressemitteilung:

„Die Zahl der Jura-Studenten an der Uni Zürich hat sich seit dem letzten Sommersemester von 1624 auf 1931 erhöht. Dieser enorme Anstieg von über 300 Studierenden war voraussehbar und entsprechende Zunahmen sind auch in naher Zukunft zu erwarten. Trotzdem hat es die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät (RSW) unterlassen, die Dozentenzahlen den sich abzeichnenden Veränderungen anzupassen.

Besonders schlimm ist es bei den Juristen um das Verhältnis Dozenten/Studenten bestellt: stehen den 1000 Ökonomiestudenten 78 Dozenten zur Seite, so bemühen sich noch ganze 46 Juristen um

die 1931 Jurastudenten. Trotz steigender Studentenzahlen glaubt die RSW-Fakultät es sich leisten zu önnen, keine energischen Schritte zur Erhöhung der Dozentenstellen machen zu müssen — im Gegenteil muß man bei den Juristen sogar eine Abnahme gegenüber dem Sommersemester zur Kenntnis nehmen!

Dringend nötig ist mindestens eine Verdoppelung der Dozentenzahlen. Kurzfristig könnte dies durch eine massive Erweiterung der Assistentenstellen und deren Einbezug in die Lehrtätigkeit geschehen."

UFW SOLL 1 MILLION DOLLAR ZAHLEN

NEW YORK (LNS/ID)
28. Januar

Das Department of Benefit Payments (Amt für Unterstützungszahlungen) des Staates Kalifornien fordert von der United Farm Workersgewerkschaft (UFW) eine Million Dollar Versicherungsbeiträge für die Arbeitslosenkasse.

Ende 1975 wurde zum ersten Mal Arbeitslosengeld vom Staat an die Landarbeiter ausgezahlt. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das diesen Anspruch der Arbeiter garantieren soll, wurde Ende '75 verabschiedet und wird voraussichtlich Anfang '76 in Kraft treten. Daß die UFW nun dem Staat Arbeitslosenversicherungsbeiträge für en..ssene und streikende Landarbeiter zahlen muß, bezeichnete Chavez, Präsident der Gewerkschaft,als unglaublich.

Für die UFW arbeiten nur freiwillige Helfer, die außer kostenloser Verpflegung und Unterkunft ein Taschengeld von 5 Dollar die Woche beziehen. Alle streikenden und entlassenen Landarbeiter, die aus ihrer Lage und Überzeugung als freiwillige Helfer in der Gewerkschaft arbeiten, werden also vom Staat wieder als Arbeiter eingestuft, von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen und die Gewerkschaft als ‚Arbeitgeber' muß die Versicherungsbeiträge zahlen. Chavez:„Entweder weiß der Staat nicht,was er macht, oder er wird von den Plantagenbesitzern oder den Teamsters beeinflußt."

FREIE KLINIKEN FÜR LANDARBEITER

BERLIN (CAMPESINO/ID)
30. Januar

Die Armut der Landarbeiter ist unvorstellbar. Die Auswirkung ihrer ökonomischen Lage auf ihre Gesundheit läßt sich eindeutig feststellen:

..Die durchschnittliche Lebenserwartung eines „Campesino" beträgt 49 Jahre, während sie für andere Bürger der Vereinigten Staaten bei 72 Jahren liegt.

Landarbeiterinnen gebären ihre Kinder neunmal öfter ausserhalb eines Krankenhauses als andere Mütter in den USA.

Die Kindersterblichkeit liegt 125 Prozent über dem nationalen Durchschnitt.

Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten treten bei den „Campesinos" zweieinhalbmal so häufig als Todesursache auf wie in den übrigen Bevölkerungsschichten.

Der Durchschnittsamerikaner geht siebenmal öfter zum Arzt als ein Landarbeiter.

1967 wurde im ganzen Jahr durchschnittlich nur 7,50 Dollar für die Gesundheitsfürsorge eines „Campesinos" ausgegeben. Für den Rest der US-Bürger wurden hingegen mehr als 200 Dollar pro Kopf aufgewendet.

Das sind Mißstände,gegen die die Gewerkschaft angehen will. Die Unites Farm Workers konnten bis jetzt fünf Kliniken für Landarbeiter eröffnen. Vier davon nahmen ihre Arbeit in Kalifornien auf, eine weitere in Florida. Diese Kliniken der Landarbeitergewerkschaft sind eine Reaktion auf die allgemein völlig unzulängliche medizinische Versorgung der „Campesinos" und auf die gleichgültige Behandlung und diskriminierenden Praktiken in schon bestehenden öffentlichen Einrichtungen.

Die Krankenstationen der United Farm Workers unterscheiden sich wesentlich von herkömmlichen Institutionen im Gesundheitswesen. Die Ärzte, die Krankenschwestern und das andere Personal sind meist Freiwillige und erhalten kein Gehalt. Sie arbeiten für Unterkunft, Verpflegung und fünf Dollar Taschengeld in der Woche. So können die entstehenden Kosten sehr gering gehalten werden. Außerdem werden Landarbeiter und deren Familienmitglieder angelernt, um bestimmte Tätigkeiten in den Kliniken zu verrichten. Etwa ein Drittel der Beschäftigten in den Krankenstationen gehört zu dieser Gruppe. Dadurch ist gewährleistet, daß die Menschen, für die die Kliniken eingerichtet wurden, auch ein Mitspracherecht bei allen sie betreffenden Entscheidungen haben.

Im Jahre 1974 wurden in den Kliniken der United Farm Workers insgesamt 33.000 Menschen behandelt. Alle Krankenstationen sind personell und materiell so gut ausgestattet, daß sie in allen Fällen sofort ambulante Hilfe leisten können. Neben medizinischer Versorgung können auch Labor- und Röntgenuntersuchungen durch geführt werden. Durch Zusammenarbeit mit anderen Krankenhäusern und Spezialkliniken ist es oft möglich, daß Landarbeiter auch dort umsonst behandelt werden. Besonderes Gewicht wird in den Krankenstationen auf die Gesundheitsvorsorge und -erziehung gelegt.

Für den Aufbau weiterer Kliniken möchten wir (die Solidaritätskomitees der UFW) Sie um Ihre Unterstützung bitten. Wir versichern Ihnen, daß Ihr Geld direkt in die USA weitergeleitet wird, um dort diesen Zweck zu erfüllen. Ihre Spende können Sie auf folgendes Konto überweisen: Postscheckkonto Hamburg, 3470 19-204 (Rabe) Stichwort ‚UFW-Kliniken'.

Weitere Informationen über die UFW-Kliniken sind erhältlich von United Farm Workers of America, AFL-CIO, c/o Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12.

GEWERKSCHAFTLER IN GEFÄNGNISSEN

LIMA/PERU (MARKA/ID)
15. Januar

Aus dem Urwaldgefängnis El Sepa in Peru gelang es vier Rechtsanwälten, eine Nachricht von ihrer Gefangenschaft hinauszubekommen. Es handelt sich um die Rechtanwälte Ledesma I.,Diaz Ch., Salas R. und Ona Meona. Die Rechtsanwälte sind als progressive Verteidiger (z.B. von Gewerkschaftern) bekannt.

Gleichzeitig mit den Rechtsanwälten sind auch mehrere Gewerkschaftsführer verhaftet worden; ihre Namen sind bisher nicht bekannt.

Die neue bekanntgewordene Verhaftung progressiver Gewerkschaftler und Intellektueller ist ein deutliches Zeichen dafür, daß mit dem Ausscheiden des als ultrarechts gefürchteten Innenministers Richter die Repression nicht beendet ist.

Ebenso befindet sich seit dem 16.12.75 der Gewerkschaftsführer Alfonso Pun Lang von der Gewerkschaft der Firma Nissan-Peru im Gefängnis. Nissan befindet sich angeblich in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, darum sollten Arbeiter entlassen werden. Dagegen wehrte sich die Betriebsgewerkschaft,und darum wurde Pun Lang fesgenommen.

Die sofortige Freilassung aller namentlich bekannten Gefangenen sollte beantragt werden, schreibt an: Präsident Morales Bermudez, Palacio Presidencial, Lima, Peru.

DER VERSCHWIEGENE KRIEG IM OMAN

FRANKFURT (ID/ANS)
4. Februar

Über den Kampf der Volksfront zur Befreiung Omans (PFLO) und über die Hintergründe der imperialistischen Interventionen Großbritanniens und des Iran ist bislang wenig in der BRD veröffentlicht worden. Dabei kommt der BRD eine immer größere Bedeutung bei der Ausbeutung Omans zu: unlängst haben Konzerne wie Gelsenberg und Winterhall Bohrkonzessionen im Norden Omans erhalten.

Hochtief errichtet einen Hafen, die Straßenbau AG Strabag, baut Straßen, die für die militärischen Einsätze in den befreiten Gebieten benötigt werden. Gleichzeitig wird so der omanische Markt erschlossen, stärker ausgebeutet und die Reichtümer des omanischen Volkes aus dem Land geschafft. Siemens hat ein Farbfernsehnetz aufgebaut, Daimler-Benz liefert Unimogs, die im Kampf eingesetzt werden, und Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) ist an dem Bau einer Wasserentsalzungsanlage beteiligt.

In den letzten Wochen gingen Meldungen durch die westdeutsche Presse, daß der Sieg der Invasionstruppen und der Söldner des Sultans bevorstehe, ja sogar daß die Revolution in Oman endgültig niedergeschlagen sei: Dazu erklärt die Volksfront für die Befreiung Omans, PFLO: „Seit elf Jahren und mit jeder neuen Offensive, die sie starten, verkünden die Imperialisten, daß in wenigen Wochen die Revolution zerschlagen sein würde. ... Dem stehen die politischen und militärischen Siege der Revolution entgegen."

Im Oktober 75 haben die Söldner des Sultans Qabus eine Offensive gestartet, die aber von der PFLO zurückgeschlagen wurde. 20 englische Flugzeuge wurden dabei abgeschossen. Im Dezember wurden bei 30 Angriffen der PFLO weitere Flugzeuge abgeschossen. An Weihnachten wurde der Kommandeur der britischen „Dhofar Brigade", John Akenhurst, mit seinem Helikopter zur Landung gezwungen.

Ganz im Gegensatz zu den Siegesmeldungen der Oman/England/Iran-Alliierten stehen eine Reihe anderer militärischer Vorkehrungen: britische und iranische „Berater" bauen zur Zeit einen 10 km langen Verteidigungszaun, der — ganz wie in Vietnam — mit elektronischen Überwachungssystemen, Minen und Stacheldraht versehen ist. Er soll die Infrastruktur der PFLO, insbesondere den Verkehr mit Südjemen, zerstören. Es ist dies die dritte Anlage dieser Art seit 1973.

Seit Jahren schon arbeiten die mindestens 2.000 britischen Soldaten an Überfällen, Luftangriffen und Ausbildung omanischer Söldner. Hinzu kommen Geheimdienstexperten, und eine 100 Mann starke Truppe des berüchtigten „Special Air Service" SAS, der einen anhaltenden Counterinsurgency-Krieg vor und hinter den Linien betreibt. Darüberhinaus wirbt der Sultan in englischen Zeitungen für einen Söldnereinsatz in Oman. Erfahrenen Kampfpiloten wird ein Monatsgehalt von 4.200 Mark steuerfrei geboten. Außerdem gründete der Sultan ein neues Ausbildungszentrum für seine Luftwaffe, das ebenfalls unter britischer Leitung arbeiten soll.

Wahrscheinlich hängt auch ein 81 Millionen-Dollargeschäft zwischen dem Pentagon und Iran, über Helikopter und Ausrüstung mit der Lage in Oman zusammen.

Im November besuchte der englische Außenminister Callaghan Muskat und bot „Entwicklungsfachleute" und technisches Knowhow an — gegen Bargeld aus Saudi-Arabien. Dieses Dreiecksgeschäft ist beispielhaft für die imperialistische Zusammenarbeit von Kapital und Ölzentren gegen Befreiungsbewegungen.

Aufgrund dieser verschärften Lage und der zunehmenden Beteiligung der BRD an diesem Geschäft auf Kosten des omanischen Vokes, führt das Nah-Ost-Komitee Frankfurt eine Veranstaltungswoche durch mit Fachschaften, Jugendhäusern, Studentenheimen, Schulen, Gewerkschaftsgruppen etc.. In der Woche vom 2. bis 7. Februar will das Komitee mit Informationsständen an die Öffentlichkeit herantreten.
Kontakt: Nah-Ost-Komitee Frankfurt, c/o Martin Schmeiser, Waidmannstr. 6, 6000 Frankfurt am Main 70, Tel.: 63 54 02.

SINGAPUR: SOZIALDEMOKRATIE UND REPRESSION

BOCHUM (ID) 28. Januar

Singapur ist ein Stadtstaat südlich der malayischen Halbinsel. Bis 1963 war die in strategisch wichtiger Position gelegene Insel eine britische Kolonie. Damals entschlossen sich die Briten, Singapur in die formale Unabhängigkeit zu entlassen, unter der Bedingung allerdings, daß Singapur ein Teil der Föderation Malaysia würde.

„Malaysia", ein Zusammenschluß aus Singapur, Malaya und den britischen Besitzungen auf Borneo, war das Musterbeispiel einer neokolonialen Staatengründung. Britische Diplomatie hatte das Projekt ersonnen, und die USA gaben wohlgefällig ihre Unterstützung. Die Stoßrichtung war klar: „Malaysia" sollte ein Bollwerk des Westen gegen Indonesien werden, das sich damals unter Sukarno zunehmend nach links orientierte.

Die Bevölkerung in den betroffenen Ländern protestierte gegen die Gründung „Malaysias". Am stärksten war der Protest in Singapur, wo es bereits eine selbstbewußte und gutorganisierte Gewerkschaftsbewegung gab.

Am 2. Februar 1963 holten die britischen Kolonialherren und ihre einheimischen Marionetten zum Gegenschlag aus. Alle, die führend an der Anti-Malaysia-Bewegung beteiligt gewesen waren, wurden verhaftet. Ein Prozeß ist ihnen nie gemacht worden. Die führenden Köpfe — Parteiführer, Gewerkschafter und politische Schriftsteller — sind noch immer interniert. Sie werden unter unmenschlichen Haftbedingungen festgehalten. Oft sind sie jahrelang in Isolationshaft, Besuch können sie so gut wie gar nicht empfangen.

Der unmittelbare Anlaß für die Verhaftungen ist entfallen — Singapur ist seit 1965 nicht mehr Gliedstaat der Föderation Malaysia. Gleichwohl werden die politischen Gefangenen nicht freigelassen. Singapurs Ministerpräsident Lee Kuan Yew hat die Inselrepublik in den vergangenen Jahren zu einem durchorganisierten Polizeistaat ausgebaut.

Den ausländischen Investoren kommt das nicht ungelegen. Singapur ist ein Tummelplatz ausländischer Investoren. Ein bekanntes Beispiel ist die Firma Rollei aus Braunschweig, die 6000 Arbeitsplätze nach Singapur verlegte. Ein Argument für die Firma, gerade nach Singapur zu gehen, war die „gemäßigte" Ausrichtung der dortigen Gewerkschaften. Kein Wunder: Alle radikal en Gewerkschafter sind von Lee Kuan Yew eingelocht worden. Übriggebliebeben sind regimetreue, gelbe Organisationen.

Derweil gefällt Lee sich darin, sich als guter Sozialdemokrat der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Auf Konferenzen der Sozialistischen Internationale läßt er sich gerne mit Willy Brandt und Herbert Wehner fotographieren. (Und die beiden scheinen sich in Lees Gesellschaft auch ganz wohlzufühlen).

Das „Standing Committee on Human Rights in Malaysia and Singapore" mit Sitz in London hat einen internationalen Appell für die Freilassung der politischen Gefangenen in Singapur verbreitet. Hier Auszüge:

„ Heute sind in Singapur über 100 politische Gefangene verhaftet. Die bekanntesten von ihnen sind die „Vier von Singapur" Dr. Lim Hock Siew, ein Führer der oppositionellen Barisan Sosialist Partei; Said Zahari, Dichter und Herausgeber der Zeitung Utusan Melayu; Ho Piow, ein Gewerkschafter; Lee Tee Tong, ein Abgeordneter und Gewerkschaftsführer.

Noch immer warten sie — seit 1963 — auf ihren Prozeß, für den es keine Anklage gibt. Das Regime hat ihnen zur Freilassung eine Bedingung gesetzt: sie sollen öffentlich ihrer politischen Tätigkeit abschwören und das System bejubeln. Sie weigern sich und werden deshalb in Isolationshaft gehalten. Viele andere politischen Häftlinge werden ebenso behandelt. Die Haftbedingungen sind in ihrer Brutalität denen in Südafrika vergleichbar."

Standing Committee on Human Rights in Malaysia and Singapore, c/o NUS (Internationale Sektion), 3 Endsleigh Street, London WC1H ODU, England, U.K.

ZUR LAGE IN SPANIEN

DER KAMPF DER ARBEITER IM BAIX LLOBREGAT

BARCELONA (ID) 5.Februar

Wie überall im Land haben auch die Arbeiter des Baix Llobregat (Industriegebiet in Barcelona) den Kampf für die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen und für die Solidarität mit ihren Kollegen bei Laforsa aufgenommen.

DER GEGENWÄRTIGE STAND DER KÄMPFE

Die Arbeiter von Baix Llobregat haben sich immer durch große Kampfbereitschaft ausgezeichnet und verschiedentlich Generalstreiks begonnen, die sich dann auf die ganze Umgebung ausgebrei-

tet haben. Seit der Auflösung von „Sektoren" der Comisiones Obreras (CCOO) beim Eintritt der BR (Bandera Roja) in die PSUC (Kommunistische Partei Kataloniens) hat sich die Situation der von der CNS (faschistischer Gewerkschaftsverband) unabhängigen Organisierung der Arbeiter verschlechtert. Abgesehen von einzelnen isolierten Betrieben gibt es in der Gegend die CCOO als solche nicht.

Die einzige intakte Koordinierung ist die der Vertrauensleute (enlaces) und Gewerkschaftssekretäre (jurados) in den Zentren der CNS. Der Reformismus mit der PSUC an einsamer Spitze ist es gelungen, wichtige Posten in der Hierarchie der CNS zu besetzen, hauptsächlich in der UTT (Unión de trabajadores y técnicos Koordinierungssausschuß der „Arbeitnehmerseite" in der CNS), wodurch der Kampf bis heute unter der Kontrolle und Führung der Reformisten steht.
Die Ausweitung des Kampfes im Baix Llobregat ist kein isolierter Fall, sondern geht einher mit einem Aufschwung der Kämpfe im allgemeinen.

VORGESCHICHTE UND FAKTEN

Der Konflikt im Baix ist schon alt; der Kampf, den die Arbeiter von Laforsa zweieinhalb Monate lang für die Wiedereinstellung aller Entlassenen geführt haben und die Schließung der Niederlassung der Fama sind die unmittelbare Vorgeschichte des gegenwärtigen Prozesses. Hier ist eine Aufstellung der wichtigsten Ereignisse bis heute:

Sonntag, 11.1.76
„Sardinenessen" im Stadtviertel San Ildefonso in Cornellá. Man beschließt, die Arbeiter der Fama zu besuchen, die seit Freitag ihren Arbeitsplatz besetzt halten, um die Solidarität mit ihnen zum Ausdruck zu bringen.

Montag, 12.1.
Polizei räumt die Niederlassung um 9.15 Uhr.

Dienstag, 13.1.
Die Arbeiter von Laforsa schließen sich am Vormittag in der Kirche Sta.Maria de Cornellá ein. In Espulgas ist eine Versammlung von etwa 200 Arbeitern aus 12 Betrieben über den Konflikt von Laforsa.

Mittwoch, 14.1.
Am Nachmittag Demonstration zur Unterstützung der Eingeschlossenen; von deren Frauen organisiert und durchgeführt. Arbeiter verschiedener Betriebe der Umgebung schließen sich an.

Zusammenstöße mit der Polizei. Ein Wagen der Stadtpolizei fährt in die Menge auf dem Bürgersteig. Rafael Rosa, gewerkschaftlicher Vertrauensmann der Firma Soler Almirall, wird überfahren und schwer verletzt. Die Arbeiter von Laforsa werden von der Polizei geräumt.

Donnerstag, 15.1.
Bei Soler Almirall wird die Arbeit niedergelegt. Protest gegen die Verletzung des Genossen. Man beschließt, in ständiger Versammlung in der Fabrik zu bleiben. Alle drei Schichten bleiben. Um 12 Uhr nachts von der Polizei geräumt. Die Firma gibt eine Bekanntmachung heraus: alle, die nicht an die Arbeit zurückkehren, sollen sich als entlassen betrachten.

Freitag, 16.1.
Streik in 30 bis 40 Firmen der Umgebung. Solidarität mit Laforsa und Soler Almirall und wegen dem Hauptproblem dahinter: Krisenmaßnahmen, Einfrierung der Löhne, Verteuerung des Lebens... Versammlung in den Lokalen der CNS von Cornellá mit den Arbeitern von Soler, Laforsa usw. die Arbeiter dieser Firmen sind dafür, den Kampf fortzusetzen. Ebenso der Präsident der UTT Metall, Juan Ramos. Er hält einen Beitrag und bekräftigt, man müsse den Kampf aus Solidarität mit Laforsa weitermachen, für Amnestie und gegen die Einfrierung der Löhne. Soler beschließt, zu einer Kundgebung für den folgenden Tag aufzurufen.

Samstag, 17.1.
9 Uhr morgens Kundgebung der Arbeiter von Soler auf der Plaza de Cataluña (Cornellá). Die von Laforsa schließen sich an. Später die von Vitroniber. Demonstration mit Sprechchören.

Sonntag, 18.1.
Die Arbeiter von Soler marschieren von Cornellá bis zum Krankenhaus von Belvitge, wo der Genosse liegt.

Montag, 19.1.
Ausweitung des Streiks in der ganzen Gegend: San Faliú, Molins Del Rey, Sant Vicenc Dels Horts, Espulgas, San Baudilio, Cornellá, San Joan Despí... Versammlungen auf der Straße an verschiedenen Punkten. Einige mit mehr als 5 000 Arbeitern. Am Nachmittag Kundgebung auf der Plaza del Ayuntamiento (Rathausplatz) von der Polizei verhindert; die ankommenden Gruppen werden schon aufgelöst. Die „Oposición Democrática" von Cornellá, bestehend aus „anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens", überreicht dem Bürgermeister eine Denkschrift mit der Bitte, die Frage der Amnestie auf dem nächsten Plenum auf die Tagesordnung zu setzen.

Dienstag, 20.1.
Der Streik dehnt sich weiter aus (60.000 Arbeiter), Kundgebungen und Protestmärsche in Cornellá, St.Joan Despí, St.Boi und Esplugues. Es muß auf das Verhalten von Juan Ramos hingewiesen werden (Präsident der UTT Metall), der auf einer Kundgebung die Polizei um das Megafon bittet, um den Arbeitern zu sagen, daß „das Ziel erreicht ist für heute und es besser sei, nach Hause zu gehen". Trotz dem Aufrufes des reformistischen Führers: eine halbe Stunde später neue Demonstration vor Clausor. Hier verleiht die Polizei ihr Megafon nicht, sie macht, was sie immer macht: kräftig auf die Arbeiter einschlagen.
Am Nachmittag jubelt die Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre die Oposición Democrática von Cornellá hoch. Es wird eine Kommission aus den Präsidenten der UTT's gebildet, die beim Zivilgouverneur vorsprechen und ihn auffordern soll, die Polizei um Mäßigung zu bitten. Kurz danach eine Versammlung von 5.000 Arbeitern im Sportfeld von St.Feliu, um die allgemeinen Probleme der Gegend zu besprechen.

Mittwoch, 21.1.
Der Streik dehnt sich auf Cavá und Viladecans aus. Gewaltige Versammlung im Stadtteil Almeda von Cornellá. Der gleiche Tenor wie vorher. In Esplugues verhaftet die Polizei zwei Arbeiter aus Corberó bei einer Kundgebung. Am Nachmittag noch eine Versammlung der Vertrauensleute. Bericht über den Besuch beim Gouverneur und dessen Vorschlag: eine Lösung für Laforsa ist auszuhandeln zwischen 3 Vertretern der Unternehmer, drei der Vertrauensleute von Baix (aber nicht von Laforsa) und einem Vermittler; Voraussetzung für die Verhandlung ist die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit. Die Versammlung beschließt, über die Entlassungen gäbe es nichts zu verhandeln und ohne Wiedereinstellung gäbe es keine Rückkehr an die Arbeit.

Donnerstag, 22.1.
10 Uhr morgens die am Vortag beschlossene Demonstration. Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern von Cornella marschieren zum Zivilgouvernement in Barcelona (etwa 15 km). Die Polizei attakiert die Demonstranten ständig und verhindert, daß sie in einem geschlossenen Block nach Barcelona kommen. In Barcelona dringen die Vertrauensleute auf eine sofortige Rückkehr nach Baix, statt auf den Arbeitsschluß von Banken, Seat usw. zu warten, um eine gemeinsame Demonstration zu machen.
Am selben Tag fordern die Unternehmer von Baix vom Arbeitsministerium die Aussperrung und die Anwendung der herrschenden Gesetzgebung – dem repressiven Streikgesetz (Decreto de Huelga)

Freitag, 23.1.
Als Antwort auf die Unternehmerprovokation setzen die Arbeiter von Baix den Kampf fort.

VORLÄUFIGES ERGEBNIS

Bis jetzt hatten die Versammlungen und Kundgebungen und Demonstrationen einen völlig „pazifistischen" Charakter. Es werden keine Parolen gerufen und der Fahrdamm wird nicht betreten. Die Fabriken werden nicht durch den Druck der Demonstranten geräumt, sondern es sind die Vertrauensleute, die direkt aufrufen, auf die Straße zu gehen.
In den wenigen Fällen, wo Parolen gerufen werden und wo die Ansammlungen zu gewaltig werden, greift die Polizei mit beachtlicher Härte durch. Die Versammlungsbewegung (movimiento asambleistico) entwickelt sich weiter, obwohl ihr die notwendige Handlungsfähigkeit fehlt, hauptsächlich wegen der „Delegierung" der Probleme an die Gewerkschaftsfunktionäre. Im allgemeinen werden keine Kommissionen gewählt und wenn, dann nur um den Gewerkschaftssekretär zu unterstützen.

Die politische Linie für die Region wird hauptsächlich auf den Vertrauensleuteversammlungen entwickelt oder besser: diese Versammlungen unterstützen die Initiativen der „repräsentativsten Führer" und der Präsidenten der UTT' s.

DER REFORMISMUS, SEINE PLÄNE UND WIDERSPRÜCHE

Aus all dem geht hervor, daß im Großen und Ganzen die Kämpfe bis jetzt einen Erfolg für die reformistische Politik darstellen. Aber das Verhalten der Polizei und die Verschlechterung der Situation könnten diesen„guten Ton" verändern.
Was die Ausrichtung der Kämpfe betrifft, da versucht der Reformismus das Problem einzig und allein auf die Entlassungen bei Laforsa als Voraussetzung zur Rückkehr an die Arbeit zu konzentrieren.Wobei die wirklichen Probleme, die die ganze Umgebung auf die Beine gebracht haben, in der Luft hängen bleiben: Wiedereinstellung aller Entlassenen, Annullierung der Krisenmaßnahmen und Kampf für bessere Löhne. Bei alledem bestehen sie darauf, daß es für die Rückkehr an die Arbeit ausreicht, wenn ein Verhandlungsangebot vorliegt.

Auf der Ebene der Organisierung streben sie die Bildung einer Kommission an, die sich aus den Vorsitzenden der UTT' s zusammensetzt (wie sie sagen: eine wirklich repräsentative Kommission), als einzigem Führungszentrum für Kämpfe und Verhandlungen. Wir meinen: Da fängt die Intersindical an, anscheinend von diesen Herren gebildet, als zukünftiges Führungsorgan der Arbeitergewerkschaft. Damit wollen die Reformisten die Organe ihrer zukünftigen bürokratischen Gewerkschaften schaffen, ausgehend von den Organen der jetzigen CNS.
Auf der anderen Seite werden in den Vertrauensleuteversammlungen die Funktionäre der UTT nicht müde, die Initiative der Oposicion Democrática in Cornellá zu begrüßen, womit sie den Klassencharakter der gegenwärtigen Kämpfe verwässern wollen, indem sie ihnen den Charakter der Hilfe für diese demokratischen Persönlichkeiten geben wollen.

Der große Widerspruch, in dem sich der Reformismus befindet, ist, daß er nicht weiß, was angesichts der wachsenden Härte der Unternehmer zu tun ist. Er sieht sich vor der Alternative, entweder den Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum äußersten anzuspornen, um vor den Arbeiter(innen) nicht das Gesicht zu verlieren, was seine Ranschmeißpolitik auf die Spitze treiben würde; oder er müßte versuchen, den Kampf zu bremsen, was der Entstehung einer realen Klassenalternative den Weg freigeben könnte.

UNSERE ALTERNATIVEN

Angesichts dieser Möglichkeit wird die Arbeiterklasse von Baix eine Alternative zu der geschilderten Situation brauchen. Das heißt für uns:

1. Schaffen einer einheitlichen Forderungsplattform mit folgenden unabdingbaren Punkten:
Wiedereinstellung der Entlassenen bei Laforsa
Annullierung aller Krisenmaßnahmen
Darauf aufbauend sofortige Aufnahme von einheitlichen Verhandlungen über Lohnverbesserungen.
2. Ermöglichung der Bildung gemischter Kommissionen von Vertrauensleuten und Leuten aus den Versammlungen um die vielen Probleme, die auftauchen, zu lösen und um der Organisierung der Arbeiter eine Richtung zu weisen im Sinn von Streikkommissionen, deren Bildung in diesem Moment noch nicht möglich ist.
3. Förderung der Bildung von Verteidigungsketten für Demonstrationen und Märsche und zur Unterstützung der Besetzung von Straßen.
4. In der Zukunft Koordinierung der kämpfenden Arbeiter, die in diesem Kampf ihre Klasseninteressen erkennen und klarstelllen, um eine autonome Organisation der Klasse zu schaffen.

(aus: Lucha obrera, Organ der Accion Comunista)

KAMPFERFAHRUNGEN BEI „FECSA"

BARCELONA (ID) 5.Februar

Fecsa ist der bröBte Betrieb für Elektroproduktion in Katalonien, der zur Kapitalgruppe March gehört.
Als besondere Charakteristika weist er verschiedene Produktionszentren auf: in ganz Katalonien und in Barcelona selbst neun davon, darunter die Stromwerke in St.Adrian und in Pueblo Seco, Büros in der calle Girona etc.

In dieser Fabrik, wo es früher schon Kämpfe gegeben hat, haben die Betriebsräte und Vertrauensleute zur Zeit des Streiks eine wichtige Rolle gespielt. Der Kampf begann auf einer Versammlung mit einer massiven Beteiligung aller. Auf dieser Versammlung, zu der zum 9.Januar aufgerufen war, hat man beschlossen:

Totale Unterstützung der Plattform der Arbeiter, die nach einer Umfrage und verschiedenen Informationsversammlungen, die vom Betriebsrat gefördert worden waren, ausgearbeitet wurde.
Arbeitsniederlegung am 12., dem Tag, an dem der Betriebsrat die Verhandlungen in Madrid führen sollte.
Man muß die totale Kontrolle der Versammlung durch die Reformisten hervorheben, die den Tarifkampf in der Art eines politischen Kampfes darstellen wollten: Kampf gegen die ökonomischen Maßnahmen und Erklärungen der Regierung, und deshalb Kampf gegen das Regime. Man muß auch bemerken, daß die Reformisten darauf beharren, uns glauben zu machen, daß die ökonomischen Maßnahmen wie Lohnstopp und Preiserhöhungen nur möglich sind, weil das Regime nicht demokratisch ist. Statt zu erklären, daß das genau aus der Notwendigkeit resultiert, daß die Kapitalisten ständig ihre Profite zu erhöhen, indem sie uns jeden Tag mehr ausbeuten.

DER KAMPF

Am 12.1. gab es eine totale Arbeitsniederlegung in allen Betrieben, in Barcelona und ganz Katalonien. In vielen Betrieben beschließt man, den Streik auszudehnen und die Betriebe zu besetzen,nachdem man erfahren hatte, daß die Tarifverhandlungen blockiert waren. Die Arbeiter von Fecsa haben also verschiedene Betriebe besetzt (Stromwerke in Badalona und Mata, das Verwaltungszentrum in Ramalleras, das Computerzentrum vom Pl.del Teatro).
Aus dieser Besetzung entsteht die interessanteste Erfahrung:
Die Besetzung zwingt die Arbeiter, eine Reihe von Problemen zu lösen, um die Besetzung aufrecht zu erhalten. Probleme der Hygiene, der Ernährung, der Torkontrolle...
Die Lösung war, einige Komitees zu schaffen, die verantwortlich dafür waren, die Besetzung zu einem guten Ende zu führen. In diese Komitees waren Vertrauensleute und auf den Versammlungen gewählte Arbeiter integriert....
Die Ausweitung des Kampfes hat uns gezwungen, eine Art zentrales Komitee im Betriebsratsbüro zu bilden (in Central Termica de Mata), das ständig alle Probleme diskutierte und alle auf dem Weg von Versammlungen informierte.
Man muß hervorheben, daß von einem bestimmten Moment ab, in dem die Ausweitung dieses Streikkomitees zu radikal erschien und der Kampf dabei war, sich zuzuspitzen, die Reformisten versuchten, ihn auf das alte Niveau zurückzubringen.

Sie versuchten, das Streikkomitee in ein gewerkschaftliches Komitee zu verändern (nur aus Vertrauensleuten und Betriebsräten bestehen), indem sie zum Aufgeben des Widerstandes aufriefen, als die Polizei in das Stromwerk Mata eindrang. Das war ein sehr wichtiges Moment. Die Aufgabe des Widerstandes der Arbeiter von Mata, als die Polizei eindrang — sie hatten vorher versichert, sie würden sich im Maschinenraum einschließen und das Kraftwerk ausschalten — war ein sehr wichtiger Faktor, der die anderen Betriebe demoralisierte.
Die Androhung von Räumung und „Militarisierung" durch die Polizei verschärfte die Bedrohung noch.

<u>Resumee:</u>

Zusammenfassend glauben wir, daß die fundamentalen Aspekte dieses Kampfes folgende sind:

Die Mobilisierung beginnt und wird unterstützt auf der Basis einer Forderungsplattform, die die Wünsche und Bedürfnisse des Arbeiterkolletivs ausdrückt. Die Forderungsplattform beschäftigt sich nur mit gemäßigten Forderungen und einigen mehr qualita-

en Forderungen: Sozialfonds für Rentner, Schulhilfen für die
nder, Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter, mehr Urlaubs-
e etc.

r Betriebsrat hat den Streik während des größten Teils des Kam-
s geführt und kontrolliert. Trotzdem gab es keimhafte Organi-
ionsstrukturen, die eine Überwindung der Legalitätsschranke
leuteten:
xistenz von Komitees, um die konkret auftauchenden Probleme
lösen. Die Durchsetzung der Betriebsversammlung als Ent-
eidungsorgan, obwohl ein totaler Mangel an Erfahrung bestand.
rch die Versammlungen und die dort geführten Diskussi n
en die Arbeiter von Fecsa verstanden, welche Rolle der Staats-
parat und die Gewerkschaften etc. spielen, und welches Verhält-
zwischen der Politik und den Verhandlungen um unsere Lebens-
lingungen besteht.

Dieser Aspekt wurde vom Reformismus sehr gut ausgenutzt,
so seine Version von der Bedeutung des heutigen spanischen
ates bringen konnte. Man wurde sich der Notwendigkeit bewußt,
Grenze zur Legalität zu durchbrechen, wenn man etwas errei-
n will. Trotzdem haben die Leute immer noch Vertrauen zu ih-
Vertrauensleuten, bis auf einige wenige Betriebe (z.B. Techn.
o von calle Girona).
ß diese Keimform an neuen Erfahrungen das Spiel der refor-
en Vertrauensleuten und Betriebsräten nicht durchbrechen
nnte, erklärt sich aus dem Mangel an organisierten Arbeiterker-
, die eine Perspektive von kontinuierlicher Organisationsarbeit
kollektiver Bewußtwerdung hätten geben können. Das einzige,
wir bis heute erreicht haben, ist, daß den Leuten bewußt ge-
rden ist, daß wir unsere Probleme nur im gemeinsamen Kampf
en können.

E EINE PROZESSION ZUM POLITISCHEN ROTEST WURDE

RCELONA (ID)
Februar

Aus Spanien erhielten wir folgenden Brief: „Hallo, ich werde euch von dem brühmten 3-Königs-Umzug in Santa Coloma erzählen.
tt drei Königen gab es einen König und eine Königin; einen
warzen König und eine weiße Königin. Der König (ich weiß
ht, ob aufgrund seines gesellschaftlichen Privilegs, Mann zu
) ritt auf einem Pferd, die arme Frau Königin ging zu Fuß.

Ich muß euch erklären, daß jeder Stadtteil einen Umzug ge-
cht hat und daß wir uns zum Schluß in Can Sam getroffen
Ob einem großen Grundstück, das wir für uns gefordert hat-
, u.. Gärten, Schulen und Märkte zu machen. Wir haben den
zug in unserem Stadtteil angefangen, indem wir an allen Grund-
cken (sehr wenigen) haltgemacht haben, die uns zufällig noch
lieben waren. An jedem Grundstück hat der König die Forde-
gen vorgelesen, die die Leute gestellt hatten, z.B.:„Auf diesem
ßlichen Platz wollen wir euch einen Park schenken... und der
mzug ging weiter mit Händeklatschen, Gitarren, Dosen und
zlatten, mit denen wir Krach gemacht haben. Als die Nach-
n den Krach hörten, kamen sie auf den Balkon oder ans Fenster.
hrend der ganzen Zeit waren Könige und Nicht-Könige Bonbons
r und dorthin. Wir gingen an einem Gelände vorbei, das wir
to-Cross nannten und dort stellten wir Schilder auf, auf denen
nd: Grüne Zone, Mehrzwecksportplatz etc.

Also, wir waren die ersten, die in Can Sam ankamen, wo
Fußballspiel unter den Fans stattfand; die Zuschauer waren
z zufrieden, uns zuzusehen, aber niemand machte mit. Etwas
ter kam ein anderer Umzug an, eine Puppe, die von Männern
ragen wurde und die den Weihnachtsmann darstellte... und so
n ein Zug nach dem anderen aus diesem und anderen Stadt-
en an... bis dann der von den Bullen kam, ein schönes graues
to und sie kamen auch in hübscher grauer Farbe; sehr ruhig
en sie uns, wegzugehen, das zweite Mal etwas nachdrücklicher,
r machtlos, sie waren nämlich 6 und wir 2.000, unter uns viele
tter mit Kindern. Wir gingen in Richtung Zentrum Santa Colo-
(die hübschen Grauen mit uns), bis diese Herren von der Poli-
uns wutschnaubend in zwei Gruppen spalteten. Aber in der
genden Straße vereinigten wir uns wieder und zogen zusam-
n eine Straße hinunter, bis die Bullen zu prügeln anfingen, die
der liefen erschrocken weg und die Frauen haben geflucht.

Als lustige Geschichte hat man uns erzählt, daß das Weihnachtslied, das ihr im „Diario de Barcelona" seht, nicht genauso gesungen wurde, sondern an der Stelle, wo im Lied vom Stadtparlament die Rede war, man es so gesungen hat: „Dieses Jahr gibt es viele Arbeitslose, die kein Nougat essen werden, wer hat die Schuld daran, Schuld haben die Kapitalisten"... und an einer anderen Stelle heißt es: „Wenn sie noch mehr Leute entlassen, werden wir ganz am Arsch sein, aber wenn wir uns alle vereinigen, wird es keine Unterdrückten mehr geben"...

Es ist unnötig zu sagen, daß die Reformisten sich die Haare rauften. Das ist mehr oder weniger alles über den Umzug, ich werde euch genug schöne Fotos schicken und ein andermal werde ich schreiben, um mehr über den heutigen Tag zu erzählen, einen Tag, den sich die Reformisten ausgedacht hatten, um einen Führer zu präsentieren, und es hat eine enorme Mobilisation stattgefunden. Viele tausend Leute, zwei Stunden Demo, ... aber ich werde euch das in Ruhe und mit mehrEinzelheiten erzählen."

ZWEI DEMONSTRATIONEN

BARCELONA (ID)
5.Februar

Am 14.Januar demonstrierten in Barcelona 3.000 Barbeiter aus Solidarität mit den Streikenden bei Seat. Sie forderten außerdem „Arbeit für alle" und „Freiheit für alle politischen Gefangenen".

Zufälligerweise war ich an dem Tag in Barcelona, vor Mittag trank ich eine Schokolade in einer Bar an der Via Layetana, als ich einige Polizisten sah. Bald wurden es mehr und mehr, und sie besetzten die Straße an der Höhe der CNS: das ist die falangistische (faschistische) Gewerkschaft. Das alles versprach einen „bewegten" Aufenthalt in der Stadt. Die Situation war extrem grotesk und lächerlich. Denn die Demonstration sollte erst um 15.00 Uhr beginnen. Was auch geschah: die ersten Gruppen von Arbeitern bildeten sich um 14.00 Uhr. Um 15.00 Uhr waren noch immer ziemlich wenig Leute da und vor allem fehlte die Entschiedenheit, um die Demonstration anzufangen; kurz vor 16.00 Uhr verlangte ein großer Teil der „Passanten" freien Zugang in das Gewerkschaftshaus, die Polizei versuchte die Leute daran zu hindern, aber die Gruppe vor dem Tor der CNS wurde immer größer, und immer mehr Leute solidarisierten sich mit ihnen. Die Bullen kamen sofort, um diese Ansammlung zu zerstreuen. Anschliessend ließen sie einige Arbeiter in das Gewerkschaftshaus reinkommen unter der Voraussetzung, daß sie den Gewerkschaftsausweis zeigten.

Inzwischen wurde die Stimmung unter den Leuten gespannter und man forderte die „Passanten" auf, auf die Straße zu gehen und Parolen zu rufen (wie es sich gehört); endlich bildete sich eine Gruppe von ungefähr 50 Leuten, die anfingen zu rufen: „Arbeit für alle!" — „Keine Entlassungen" — „Amnestie, Freiheit!"

Es gelang rasch, einen festen Kern zu bilden, inmitten einer Stimmung von Unentschiedenheit und Unsicherheit. Nach etwa 15 Minuten kamen erneut die Bullen, um diesen festen Kern zu zerschlagen, und daraufhin fing die Demonstration an, sich aufzulösen (18.30 Uhr). Es ist wahrscheinlich, daß es an anderen Stellen der Demonstrationen zu ähnlichen Tumulten kam, die ich nicht mitbekommen habe.

Die ganze Demonstration war durch ein totales Fehlen an Organisation bestimmt. Das konnte man überwinden dank dem sehr iberischen Improvisationsgeist. Es waren wenig Leute da (Barcelona ist eine der kämpferischsten Städte innerhalb Spaniens), aber dieser Mangel ist darauf zurückzuführen, daß die Demonstration an einem normalen Arbeitstag stattfand. Im Ganzen kann man sagen, daß die Arbeiter aus Barcelona sehr positiv auf die Forderungen reagierten.

Am Sonntag, den 1.Februar, fand eine Demonstration statt, wie es sie seit den Tagen der sozialen Revolution im spanischen Bürgerkrieg vor 40 Jahren nicht mehr gegeben hat: etwa 70.000 Leute waren auf der Straße. Als die Polizei losschlug, wurden die Parolen deutlich: „Nieder mit der faschistischen Polizei!" —„Nieder mit der faschistischen Monarchie!" (Bald mehr)

... UND IN ARGENTINIEN

ZUR LAGE IN TUCUMÁN

TUCUMÁN (ID) 3. Februar Tucumán ist einekleine Provinz im Norden Argentiniens, die von der Zuckerproduktion lebt. Andere besondere Merkmale dieser Provinz sind die hohe Bevölkerungsdichte und seine üppige Vegetation, die dazu beitrug, Tucumán den Beinamen „Garten der Republik" zu geben. Das wichtigste Merkmal aber ist die Armut der Bevölkerung einerseits und der Kampfgeist dieser, um aus der Misere rauszukommen, andererseits.

Von 18.802 Zuckerrohrproduzenten sind 17.341, d.h. 92 % kleine Bauern. Fast 6.000 dieser Bauern besitzen ein bis zwei Hektar Land. 13.000 besitzen weniger als fünf Hektar. Der Anteil dieser 92 % der Zuckerrohrproduzenten an der Gesamtproduktion ist nur 15,4 %. Die meisten Bauern müssen auch deswegen — um überhaupt leben zu können — in den großen zuckerrohrverarbeitenden Fabriken (ingenios) für einen Hungerlohn arbeiten, denn nach vorsichtiger Schätzung sind mindestens 14 bis 20 Herktar nötig, um eine rentable Produktion aufrecht zu erhalten. Armut und Misere beherrschen auch deswegen das Bild Tucumáns. Nun, trotzdem oder gerade deswegen haben die Landarbeiter, die Bauern und die Industriearbeiter der Provinz ein sehr starkes Bewußtsein ihrer Situation gegenüber entwickelt. Sie kämpfen schon seit Jahren sowohl gegen die Großgrundbesitzer, als auch gegen die unmenschlichen Produktionsverhältnisse. Oft genug stellten sich die Gewerkschaften und Organisationen Tucumáns an die Spitze der Kämpfe in Argentinien.

Im August 1974 fand noch dazu der bewaffnete Kampf in Tucumán an. Seitdem wird ein erbitterter Kampf zwischen der Revolutionären Volksarmee Argentiniens (ERP) und der Bevölkerung Tucumáns gegen das Militär geführt. Seit Februar dieses Jahres verschärft sich dieser Kampf. 5.000 Soldaten werden in Tucumán eingesetzt, um gegen die Guerrilla zu kämpfen. Militär und Regierung fingen dann an, ein sogenanntes „Soziales Programm" durchzuführen. Sie wollten jetzt in ein paar Monaten alles nachholen, was sie Jahrelang vernachlässigt hatten. Sie verteilten Essen an der Bevölkerung, impften Kinder, restaurierten Schulen usw.. Das Volk in Tucumán mißtraute aber dem Vorgehen der Militärs. Zu lange hatten sie Verbesserungen versprochen. Bald aber ließen die Militärs ihr „Soziales Programm" fallen, und eine Repression, die noch ihresgleichen in Argentinien sucht, wurde Alltag in Tucumán. Die gesamte Provinz wurde von den Militärs besetzt. De facto gibt es jetzt eine Militärregierung in Tucumán. Die Hauptstadt San Miguel de Tucumán ergibt das Bild einer Stadt im Krieg. Ganze Stadtteile werden besetzt und geschlossen. Geschlossen heißt, daß niemand aus dem Stadtteil rausgehen darf. Wer zur Arbeit gehen muß, läßt morgens seine Papiere bei den Militärs und kann sie abends wieder abholen. Dann durchkämmen sie das Stadtteil. Aber nicht nur in der Hauptstadt werden solche Operationen durchgeführt. Die Schule von „La Florida" z.B. wurde plötzlich von Militärs besetzt; die Lehrerin befand sich in diesem Moment gerade beim Rektorat und rannte schnellstens zu ihren Schülern zurück. Die Streitkräfte eröffnete das Feuer und töteten einen 20jährigen Jungen. Willkürlich werden Bahnhöfe, Flugplätze oder öffentliche Plätze besetzt und Festnahmen durchgeführt. Jeder gilt als „Verdächtiger". Nach einer schon traditionell gewordenen anfänglichen Prügelei werden die festgenommenen nach Famaillá transportiert. Wo dann die „Verhöre" anfangen. Famaillá ist eben die Stadt, wo die V. Brigade der Streitkräfte stationiert ist, und ist das Zentrum der Operationen. Famillá ist auch Zentrum des Terrors. Niemand darf in der Stadt nach 20 Uhr auf der Straße sein. Wo der Terror aber ungeheuerliche Maße annimmt, ist die Schule Nr. 31 von Famaillá, die in ein Konzentrationslager verwandelt wurde. Ein Gefangener des KZ's, der die Freiheit wieder erlangen konnte, erzählte, daß die Gefangenen in Zelten gehalten werden, die Hände an den Rücken gebunden, die Augen mit einer Binde verdeckt, den Mund mit Pflaster zugeklebt. Beim Essen wird das Pflaster bis zur Hälfte aufgemacht. Um zu verhindern, daß die Gefangenen beim Essen miteinander sprechen, wird ein ohrenbetäubender Lärm mit Tellern und Töpfen gemacht. Derjenige, der dies erzählte, wurde mehrere Tage an den Knöcheln aufgehängt. Nur beim Essen wurde er runtergeholt. Systematisch überfliegen Hubschrauber die Zuckerplantagen. Ein Arbeiter war gerade dabei, ein Loch zu schaufeln, als ein Hubschrauber über seinen Kopf hinwegflog. Erschrocken machte er ein Zeichen mit seiner Schaufe. Er wurde vom Hubschrauber aus dann erschossen. Täglich werden Festnahmen gemacht. Es gibt schon heute mehr als 300 Gefangene: Sie sind meistens arme Bauern und Arbeiter, die verdächtigt werden, „subversiven Elementen" geholfen zu haben.

POLITISCHE GEFANGENE BERICHTEN

BUENOS AIRES (ID) Febraur 1976 In einer Halle von 22 mal 10 m leben 67 Frauen, drei von ihnen sind schwanger und neun haben ihr e Kinder bei sich. In dieser kleinen Halle sind die Schlafzimmer, die Küche und die WC untergebracht, ohne jedoch durch eine Wand oder etwas ähnliches getrennt zu sein. Hier in der Hlle 49 verbringen wir unsere Tage und müssen zahlreiche Entbehrungen aushalten.

Jeden Tag stehen wir um 7.30 Uhr auf. Um diese Zeit kommen die Aufseherinnen herein, um uns zu zählen. Wenn es Wasser gibt, waschen wir uns im einzigen Waschbecken, das vorhanden ist und in dem auch das Gemüse, die Windeln, die Wäsche und das Geschirr gewaschen wird. Wir haben nur drei WC, die nie richtig funktionieren und die selbstverständlich nicht ausreichend sind. Wir frühstücken, und danach übernimmt wechselweise eine Gruppe von uns das Säubern der Halle. Das ist eine schwere Arbeit, denn obwohl eine gründliche Reinigung nötig ist, da ja unsere Lebensbedingungen sehr unhygienisch sind, stellt uns die Leitung des Gefängnisses nicht die nötigen Mittel zur Verfügung, die für so eine Reinigung nötig sind. Nicht einmal Wasser können wir holen.

Um 10.30 Uhr haben wir Ausgang, wenn es nicht regnet. Wir machen Turnübungen in einem kleinen Hof, der nicht gepflastert ist, sondern Erdboden hat. Er ist schmutzig, voller Glasschwerben und Müll, in dem es ein Haufen Ratten gibt. Das einzige, was wir machen können, sind diese Übungen, da wir bisher trotz unserer Forderungen keine Bälle noch Körbe haben, um zu spielen.

Wenn wir dann um 12 Uhr in die Halle zurückkehren, dann ist diese voll Rauch von der Küche. Wir stellen uns mit unseren Tellern und Geschirr an, um dann dicht um die Tische gedrängt unsere Mahlzeit einzunehmen. Einige von uns sehen sich gezwungen, an ihren Betten zu essen, da nicht genügend Platz an den Tischen ist. Das Essen ist armselig und schlecht. Früher hat diese Anstalt uns das fertige Essen gebracht. Es war fettig und wenig nahrhaft. Wir haben erreicht, daß sie uns die rohen Lebensmittel schickt, und wir uns das Essen selber zubereiten. Dennoch können wir wenig machen. Das Fleisch ist zäh, das Gemüse und die Früchte sind nicht immer in gutem Zustand, die Milch ist schmutzig und mit Wasser verdünnt. Wir haben keine Platz, um die Lebensmittel aufzubewahren und müssen sie so auf dem Boden liegen lassen, wo sie den Ratten und anderem Ungeziefer ausgesetzt sind.

Wenn wir mit dem Essen fertig sind, versammeln wir uns, um die Zeitungen zu lesen. Das machen wir sehr gründlich, denn es ist das einzige, was wir zum lesen haben. Früher hatten wir einige Bücher über Wirtschaft, Geschichte und Politik, aber die hat man uns in einer Durchsuchung gestohlen, und statt ihnen einige schlechte Romane geschickt. Diese Durchsuchungen sind Inspektionen, die die Anstalt durchführt. Angeblich, um die Sicherheit zu gewährleisten. Sie durchwühlen unsere Wäsche, das Essen, die Briefe, lassen alles liegen und nehmen oft Sachen mit, die wir nie wieder sehen.

Um 14 Uhr haben wir wieder anderthalb Stunden Ausgang. Drei Stunden pro Tag an der frischen Luft sind nichts, wenn man sie mit den Stunden vergleicht, die wir an der verbrauchten Luft verbringen müssen. Aber wir versuchen, sie so gut wie möglich auszunutzen, indem wir Atem- und Turnübungen machen und viel laufen. Nach dem Ausgang haben wir eine Pause eingelegt, in der absolute Ruhe herrscht. Denn wir haben gemerkt, daß dies unbedingt nötig ist, um von dem ununterbrochenen Geräusch und Lärm, der während des ganzen Tages herrscht, auszuruhen.

Dann beginnen die Schwierigkeiten mit dem Duschen. Schon in der Früh stellen wir Listen auf, damit wir die Zeit aufteilen, und alle zum Duschen kommen. Aber nicht immer gelingt uns das. Von den drei vorhandenen Duschen funktioniert nur eine, und auch die nur schlecht. Es gibt Tage, so wie heute, an denen schon seit früh am Morgen kein Tropfen Wasser mehr zu haben ist.

Am Nachmittag unterhalten wir uns, indem wir reden, Gitarre spielen und viele Erfahrungen austauschen; eine Gruppe lernt Lesen und Schreiben. Der Briefträger kommt, und wir lesen die Briefe. Es gibt immer Schwierigkeiten mit den Briefen. Viele werden zurückgehalten und kommen nie an; obwohl der Briefwechsel unantastbar ist, werden die Briefe geöffnet überreicht.

Am Abend essen wir, was vom Mittagessen übriggeblieben ist. Aber meistens reicht es nicht für alle. Um Mitternacht wird der Abfall abgeholt. Vier bis fünf Eimer sammeln sich am Tag an, und nur in der Nacht ist es uns erlaubt, sie zu entleeren. Sie bilden einen ständigen Infektionsherd, dem alle ausgesetzt sind, und stellen eine grosse Gefahr für die Säuglinge dar.

Um 0.30 Uhr wird das Licht in der ganzen Anstalt ausgemacht und wir gehen schlafen. Wir haben zweistöckige Betten, die leider auch in sehr schlechtem Zustand sind. Die Federn sind locker und rufen starke Rückenschmerzen hervor. Von Zeit zu Zeit müssen wir sie ausräuchern, um die Wanzen zu töten, die sich einnisten. Neben den Betten stehen die Obstkisten, die wir nutzen und mit buntem Papier auslegen, um unsere Wäsche unterzubringen. Wir haben nämlich keine Wäscheschränke, hinzu kommt noch der schlechte Zustand, in dem sich die Abflußrohre der Anstalt befinden. Wenn es regnet, wachen wir oft mitten in der Nacht auf, weil die Halle von stinkendem Wasser überflutet ist, das aus den Kloaken kommt.

So verbringen wir unsere Tage in unserem Gefängnis. Die Halle ist viel zu klein für uns. Deshalb mußten wir eine Höchstzahl festsetzen und uns weigern, mehr Gefangene aufzunehmen. Die Anstalt entschloß sich deshalb, einen Raum des Hospitals zu räumen. Sie warf die kranken Gefangenen raus, die in ihr waren und brachte dort 30 Frauen mit ihren Säuglingen unter. Sie befinden sich im gleichen oder noch schlechteren Zustand wie wir.

Aus diesem Grund kämpfen wir jetzt und in Zukunft mit allen Mitteln, damit unsere Forderungen erhört werden und damit wir menschenwürdig leben können und damit der Paragraph 18 unseres Gesetzes eingehalten wird, in dem steht: „Die Gefängnisse müssen sauber und gesund sein, sie sollen der Sicherheit dienen und nicht zur Bestrafung der Gefangenen da sein."

Die Gefangenen der Halle 49 Villa Devoto, Buenos Aires, August 1975

PROTEST GEGEN DEN TERROR IN ARGENTINIEN

BONN (ID)
3. Februar

Protestnote, die dem Botschafter der Republik Argentinien in der Bundesrepublik am 2. Februar 1976 überreicht wurde:

„Im Namen der 1.431 Unterzeichner der Protestresolution, der Evangelischen Studentengemeinde in Heidelberg, des AStA der Universität Heidelberg, des Centro Español de Munich und der Lateinamerikanischen Studentenverbände von Heidelberg, Hamburg und München teilen wir Ihnen mit, daß wir darüber unterrichtet sind, und Unterlagen haben, die bezeugen, daß in Argentinien:

- 4.000 Gefangene der Exekutiven Gewalt zur Verfügung stehen, gegen die man keine Anklage vor Gericht erhoben hat und die deshalb politische Gefangene sind.
- die Mehrheit dieser Gefangenen — unter denen sich auch Kinder und schwangere Frauen befinden — gefoltert worden sind; Anklage, die u.a. auch vom Stellvertretenden Vorsitzenden des argentinischen Senats Dr. Solari Irigoyen vor dem Kongreß erhoben worden ist,
- die gesundheitlichen und hygienischen Bedingungen in den Gefängnissen miserabel sind.
- zumindest ein Konzentrationslager in der Ortschaft von Famaillá in der Provinz Tucumán erreichtet wurde.
- die Streitkräfte ganze Ortschaften und Städte in der Provinz Tucumán besetzt halten,
- die Luftwaffe seit dem 11. November systematisch zwei Mal täglich den südlichen Teil der Provinz Tucumán — eines der am dichtesten besiedelten Gebiete des Landes — bombardiert und beschießt.
- die paramilitärischen Banden wie die AAA (Antikommunistische Allianz Argentiniens) und das Comando Libertador de America (Befreiungskommando Amerikas) ungehindert Abgeordnete, Schriftsteller, Künstler, Rechtsanwälte, gewerkschaftliche und politische Führer, Arbeiter und Studenten ermorden und mit Todesdrohungen einschüchtern können. Über 400 Personen sind allein von diesen Banden in den letzten zweieinhalb Jahren entführt, gefoltert und auf grausamste Weise ermordet worden. Unter den Opfern befinden sich u.a. die Abgeordneten Ortega Pena (31.7.74), Gewerkschaftsführer wie Mario Osatinsky (22.8.75) und Personen, wie die Pujadas, deren einziges „Verbrechen" darin bestand, Verwandte des am 22. August 1972 in Trelew ermordeten politischen Häftlings Mario Pujadas zu sein.

Diese Vorgänge stellen eine eindeutige Verletzung der Menschenrechte und der Freiheiten dar, die von der argentinischen Verfassung garantiert werden.

Die Regierung, die Sie vertreten und die Streitkräfte Ihres Landes tragen die Verantwortung dafür, daß auf der einen Seite diese Aktionen von Behörden durchgeführt werden, die direkt der Regierung bzw. den Streitkräften unterstehen, und andererseits die für die Sicherheit zuständigen Behörden in keiner Weise das Handeln der paramilitärischen Banden einzuschränken versuchen.

Da Sie der Vertreter dieser Regierung sind, protestieren wir bei Ihnen und fordern:

1. Die Einstellung der Bombardierungen, die von der Luftwaffe in Tucumán durchgeführt werden.
2. Den Rückzug von Heer, Gendamerie und Polizei aus den besetzten Gebieten und Städten.
3. die sofortige Schließung des Konzentrationslagers von Famaillá,
4. Die sofortige Beendigung der Hausdurchsuchungen, willkürlichen Ermordungen, die von Polizei, Heer und Gendamerie in zunehmendem Maße durchgeführt werden.
5. Freiheit für die 4.000 politischen Gefangenen."

ZUR PRAXIS UND IDEOLOGIE DER MONTONEROS

BUENOS AIRES/BOGOTA
(ID/ALTERNATIVA)

In jüngster Zeit bekannt wurden die Montoneros, als sie im vergangenen Herbst für die beiden entführten Industriellenbrüder Born 60 Millionen Dollars bekamen. Mit diesem Geld bauten sie u.a. eine Parteiorganisation auf: die „Authentische peronistische Partei". Ihr Programm war damals, auch eine der Freilassungsbedingungen, u.a. in einer halbseitigen Anzeige in der Süddeutschen Zeitung abgedruckt worden.

Neben der ERP (Revolutionäre Volksarmee) sind die Montoneros die wichtigste Guerillaorganisation in Argentinien. Mit Alberto Camps von den Montoneros sprach Gabriel García Marquez (Verfasser von „Hundert Jahre Einsamkeit" und Mitherausgeber der ALTERNATIVA) über die Lage in Argentinien.

Alberto Camps gehörte zu einer Gruppe verhafteter Guerilleros: 28 von ihnen machten im August 1972 einen Gefängnisausbruch, entführten ein Flugzeug und entkamen nach Chile; die im Gefängnis zurückgebliebenen 19 Guerilleros wurden zunächst gefoltert und dann in der Marinebasis Trelew umgebracht — nur drei von ihnen überlebten das Massaker; Alberto Camps ist einer von ihnen.

GESCHICHTE

F: Selbst in der lateinamerikanischen Linken sind die Kenntnisse über die Montoneros, die ja innerhalb der peronistischen Massenbewegung mit den reaktionärsten Gruppen konfrontiert sind, unsicher. Wie sind sie eigentlich entstanden?

A: Für das Verständnis der Montoneros muß man den politischen und ökonomischen Prozeß des Landes seit 1935 betrachten, als mit der Industrialisierung eine breite und starke Klasse entstand: das Industrieproletariat. Als General Perón 1945 die Macht mit einer Gruppe fortschrittlicher Offiziere übernahm, weckte er das Nationalgefühl dieser Klasse, die sich durch ihn zum ersten Mal repräsentiert fühlte.

Eva Perón, die aufgrund ihrer Abstammung, ihrer Sensibilität und ihres Charisma in den Massen eine nie dagewesene Dynamik entfachte, war eine entscheidende Vermittlerin zwischen ihnen und Perón.

F: Dennoch existiert die Einschätzung, daß das Perón-Regime faschistisch war — die guten Beziehungen zum Hitler-Deutschland können das nicht gerade verändern.

A: In seiner ersten Regierung war Perón ein reiner Nationalist innerhalb der zu dieser Zeit besonderen argentinischen Bedingungen. Sein Konzept war richtig: Nationalismus mit Staatskapitalismus und Orgnisierung der Arbeiterklasse. In zehn Jahren wuchs die Mitgliederzahl der CGT (Gewerkschaftsdachverband) von 500 tausend auf 5 Millionen.

F: Wie ist dann aber zu erklären, mit welcher Leichtigkeit Perón gestürzt (1955) wurde?

A: So leicht war es doch nicht. Es gab eine gewaltige Verschwörung der Oligarchie, der reaktionärsten Sektoren der Streitkräfte und des nordamerikanischen Imperialismus, die 1945 mit ungeheurer Stärke und Gefräßigkeit aus dem 2. Weltkrieg herauskamen. Diese infernalische Allianz konnte Perón zwar stürzen, die Arbeiterklasse aber nicht unterwerfen. 18 Jahre lang (Exil Perons), während der sogenannten „Befreiungsrevolution" (revolución libertadora), die in Wirklichkeit eine „freiheitsmordende Revolution" (revolución liberticida) war, fanden sie kein Mittel, den Peronismus durch Vernichtung oder Integration zu beseitigen.....

ENTSTEHUNG

Unter diesen Bedingungen entstanden 1970 die Montoneros als bewaffnete Widerstandsbewegung gegen die Militärdiktatur.

F: Woher nahmen sie ihren Namen?

A: Im vergangenen Jahrhundert gab es die rebellierenden Gauchos, die im Inneren des Landes gegen den britischen Imperialismus kämpften. Sie nannten sich Montoneros mit einem pejorativen Sinn — wir aber haben den Namen voll Stolz gewählt.

F: Wer bildete die ersten Kerngruppen der Montoneros?

A: Es waren Leute mit einer neuen Denkweise innerhalb der peronistischen Bewegung. Eine klarere Generation, die auf einer materialistischen und dialektischen Analyse der argentinischen Situation aufbaute und die verstand, daß der einzige Ausweg die Übernahme der Macht durch die Arbeiter ist, um einen entscheidenden Kampf gegen die Oligarchie und den Imperialismus führen zu können.

F: Es ist und bleibt schwierig zu verstehen, daß die Montoneros aus einer Spaltung des Peronismus entstanden sind und dennoch in dieser Bewegung bleiben — und damit alle Gefahren der Verwirrung auf sich nehmen.

A: Seit ihrer Entstehung definieren sich die Montoneros als revolutionärer und bewaffneter Sektor des Peronismus — und nie als abtrünnige Fraktion. Das war eine richtige Entscheidung: sich abzuspalten hätte bedeutet, den Schoß der Massen zu verlassen, in dem wir entstanden und geschaffen sind und in dem das Wesen unseres Kampfes entwickelt wurde. Wir gehen davon aus, daß es unmöglich ist, die nationale Befreiung außerhalb der Massen zu erreichen und daß es nur eine richtige Strategie für die Eroberung der Macht gibt: den revolutionären Volkskrieg.

WIDERSPRÜCHE

F: Dennoch habt ihr 1973 die Wahlkomödie mitgemacht, habt Waffen niedergelegt und an bewaffneten Aktionen gemeinsam mit dem regulären Heer teilgenommen. Ist das nicht widersprüchlich?

A: Natürlich nicht. Am 11. März 1973, als Hector Cámpora zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, wählte das argentinische Volk in Wirklichkeit ein Programm der nationalen Befreiung. Da wir immer auf die Gefühle der Massen achten, haben wir an der neuen Regierung teilgenommen, mit dem Schwergewicht auf der politischen und gewerkschaftlichen Reorganisierung.

Dennoch überzeugte uns die Realität schnell, daß das eine leere Illusion war. Die Gewerkschaftsbürokratie, die politischen Führer des orthodoxen Peronismus und alle rückwärtsgewandten und gekauften Kräfte entfesselten eine Offensive gegen den Prozeß der Demokratisierung.

Campora wurde abgesetzt und durch General Perón ersetzt, der alt und krank war und der beherrscht wurde von der Clique von Lopez Rega. Von diesem Moment an wurden alle revolutonären Peronisten von den Machtstellungen entfernt, es entstand die „Dreifach A" (Allianza anticommunista Argentina), und es begann die systematische Beseitigung aller wirklichen Peronisten. Bis jetzt hat die „Dreifach A", die eine paramilitärische Organisation mit faschistischer Prägung ist, ungestraft mehr als 2000 Morde begangen.

GUERILLA

F: Die Chilenen, die im Widerstand arbeiten, machen eine klare Unterscheidung zwischen versteckt (escondido) und klandestin (en la clandestinidad). Wo stehen die Montoneros?

A: Wir sind ein Teil der argentinischen Volksbewegung. Wir sind eine Armee, die ins tägliche Leben integriert ist: wir arbeiten in Banken, in staatlichen Büros, im Kino und Theater, vor allem aber in der Fabrik. Die Bekanntesten arbeiten klandestin, innerhalb der Massenbewegung in Argentinien, die in Lateinamerika die stärkste und am besten organisierte ist und die unsere natürliche Umgebung ist.

F: Ich bin neugierig, bis zu welchem Punkt die Offiziere der Bewegung, gehärtet durch die Verpflichtungen des Krieges, auf das Familienleben, auf Zuneigungen und auf bestimmte angenehme Dinge des täglichen Lebens verzichten.

A: Wir versuchen, unser Familienleben soweit aufrechtzuerhalten wie es die Bedingungen uns erlauben — jeder in Übereinstimmung mit seinem Charakter. Allgemein ist es vorzuziehen, wenn die Frau eines Offiziers auch Offizier der Organisation ist: wegen den besonderen Informationen und den besonderen Opfern und aus Gründen der Sicherheit ist es so am besten.

Aber bitte, damit wir nicht mit dem abgestandenen Bild des Feuilleton-Revoluzzers identifiziert werden: wir sind Menschen, uns schmeckt die Liebe und das gute Essen und wir lieben unsere Kinder. Denk an den Satz von Che Guevara: „Man muß hart werden, ohne die Zärtlichkeit zu verlieren". Wie die Kokosnuß.

P: Auf jeden Fall geht ihr davon aus, daß der einzig mögliche Weg der bewaffnete ist.

A: Wir glauben: es ist der einzige in den Ländern der Dritten Welt. Es gibt keine Alternative: die endgültige Eroberung der Macht kann nur bewaffnet sein.

F: Mit dem Krieg der Guerilla?

A: Die ERP (Revolutionäre Volksarmee, vgl. Interview im ID 88) hat zum ersten Mal in der Geschichte Argentiniens einen Guerillakern in den Bergregionen verankert. Es ist der (regulären) Armee bisher nicht gelungen, sie zu packen.

Wir aber glauben, daß in Argentinien alles Entscheidende in den Städten passiert. Daher machen wir den Krieg in den Städten, obwohl wir uns der Beschränktheiten bewußt sind. Wir wissen, daß man in Buenos Aires —einer riesigen Stadt mit etwa 10 Millionen Einwohnern — keine integrierte Armee halten kann, daß man keine befreiten Zonen halten kann, daß man keine besonderen Kampfzonen eingrenzen kann (wie die ERP in der Provinz Tucumán, d. Übers.). Unser Konzept ist, daß man für die Stadt und für das Land verschiedene Taktiken braucht, in Übereinstimmung mit den jeweiligen Bedingungen.

F: Wenn es nun morgen Wahlen gäbe, wie würden sich die Montoneros verhalten?

A: Wir würden wieder an ihnen teilnehmen. Wir verfolgen das Konzept des integralen Krieges, und der Wahlkampf ist ein Teil dieses Krieges. Vermutlich würde es sich um eine taktische Wahlbeteiligung handeln. Schließlich ist die Alternative nicht: Wahlen oder Krieg.

Denn aufgrund ihres gegenwärtigen Bewußtseinsstufe würden die argentinischen Massen Wahlen dem Krieg vorziehen.

DER „INTEGRALE KRIEG"

Unser Konzept vom integralen Krieg umfaßt den Befreiungskampf — mit allen Mitteln und auf allen Ebenen.

F: Woran meßt ihr, wie ein Konzept angenommen wird?

A: Wir leben innerhalb der Massen und wir wissen, daß es wichtig ist, Konzepte immer nur in Übereinstimmung mit ihrem Bewußtseinsgrad zu machen. Ein Konzept, das zehn Schritte zu weit nach

vorn oder zehn Schritte zurück bedeutet, zu machen, hieße: die Repräsentativität zu verlieren. Wir glauben, daß unser Konzept des integralen Krieges exakt dem gegenwärtigen Bewußtsein der argentinischen Massen entspricht.

F: Die argentinischen Streitkräfte dürften — wie alle Streitkräfte der Welt — sehr starke und brauchbare innere Widersprüche haben. Stellen die Mononeros das in Rechnung?

A: In den argentinischen Streitkräften gibt es zwei dominierende Tendenzen: eine pinochetische und eine verfassungsmäßige. Die letztere, der es um die Aufrechterhaltung der republikanischen und demokratischen Fassade bis zu den Wahlen 1977 geht, ist bis jetzt in der Übermacht. Wir glauben, daß es schwierig sein wird, diese Fassade innerhalb des Radikalisierungsprozesses der Massen aufrechtzuerhalten. Andererseits wird es für sie fast unmöglich sein, die gegenwärtige ökonomische Krise in Argentinien inGriff zu kriegen, die schon ungeheure Ausmaße angenommen hat.

Die USA fordern sozialen Frieden für ihre Investitionen — und in Argentinien gibt es ihn nicht und wird es ihn für lange Zeit nicht geben. Angesichts dieses Scheiterns wird gegenüber der pinochetistischen Strömung die einzige Hoffnung darin bestehen, einen revolutionären Flügel innerhalb der Streitkräfte zu stärken. Wir wissen nicht, ob er existiert, aber wir fordern permanent alle Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten auf, auf die Seite des Volkes überzugehen.

IDEOLOGIE

F: In unserem Gespräch hast du eine bestimmte marxistische Terminologie benutzt. In den Anschuldigungen,die von einigen Parteien der Linken gegen die Montoneros erhoben werden, taucht immer wieder die des ideologischen Durcheinanders auf. Klären wir das also: wie ist eure Position gegenüber dem Marxismus?

A: Wir verstehen den Marxismus als eine Methode, die Realität zu analysieren: er ist eine unentbehrliche Wissenschaft. Aber die Revolutionen machen die Völker: erstens durch Gewinnung von Bewußtsein, zweitens durch die Organisierung der Arbeiterklasse, drittens durch die revolutionäre Praxis.

F: Wenn das so ist, worin bestehen dann die augenscheinlich so tiefen Differenzen mit der Kommunistischen Partei?

A:Die Kommunistische Partei Argentiniens hat seit 1945 ihre gesamte Repräsentativität in den Massen verloren, aufgrund einer falschen Analyse der argentinischen Wirklichkeit: es war die mechanische Übertragung der europäischen Situation. Das führte sie z.B. dahin, einen Streik der Kühlschrankarbeiter in dem Sektor zu sabotieren, den sie selbst kontrollierten — und die Arbeiter fühlten sich verraten und gingen zum Peronismus über.

Seit damals haben die Kommunisten nicht nur die Repräsentativität, sondern auch das Vertrauen der Massen verloren, bis zu dem Punkt, daß die argentinischen Arbeiter Angst vor dem Wort Kommunismus haben, vor dem Wort Marxismus, und allgemein vor der Terminologie der KP.

F: Andererseits; ist es richtig, daß die Beziehungen zwischen Montoneros und ERP besser geworden sind?

A: Mit der ERP haben wir vor allem in den analytischen Diskussionen Schwierigkeiten, aber generell sind unsere Beziehungen gut.

F: Und mit den anderen revolutionären Bewegungen Lateinamerikas?

A: Wir sind uns bewußt, daß dieser Kampf von kontinentaler Tragweite ist und daß das Ziel aller unserer Länder in gegenseitiger Abhängigkeit beruht. Zur Zeit knüpfen wir Kontakte mit allen revolutionären Bewegungen Lateinamerikas und allgemein der Dritten Welt. Wir versuchen, ein System der Zusammenarbeit in gemeinsamen Punkten herzustellen und über die Divergenzen hinauszukommen. Wir sind uns bewußt, daß diese Divergenzen übergangsmäßig und und überwindbar sind, weil wir alle ein gemeinsames Ziel haben: die Revolution.

F: Ja, aber welche Revolution?

A: Es gibt nur eine: die sozialistische.

F: Ja, aber welchen Sozialismus?

A: Es gibt nur einen Sozialismus.

(aus: Alternativa 65/66)

ERP/PRT: ZUR LAGE IN ARGENTINIEN

BUENOS AIRES (ID)
30.Dezember 1975

Es folgt eine Erklärung der Revolutionären Partei der Arbeiter Argentiniens (Partido Revolucionário De Los Trabajadores / PRT), politische und militärische Führung der Revolutionären Volksarmee (Ejercito Revolucionário Del Pueblo / ERP) angesichts der schweren Lage, in der sich die argentinische Arbeiterklasse und das Volk befinden.

1. Konferenz von Montevideo

Im Monat Oktober traf sich in Montevideo die Führung der Konterrevolutionären Armeen ganz Lateinamerikas. Das Thema des Treffens: Die Guerrilla und wie sie zu bekämpfen ist. Dort sprachen sich der US-Imperialismus und die Lateinamerikanischen Militärs offen für den totalen Krieg gegen alle Lateinamerikanischen revolutionären Kräfte und insbesondere gegen die des argentinischen Volkes aus. General Videla, Oberbefehlshaber der argentinischen Armee,unterstrich den Kriegszustand und sagte: „Es werden soviele sterben, wie nötig ist."

Die Unterredung während der Konferenz war geheim. Die US-Amerikaner erreichten, daß sich die konterrevolutionären Lateinamerikanischen Armeen zur gegenseitigen Hilfe verpflichteten, um die am weitesten entwickelten Guerrilla-Bewegungen zu bekämpfen,und überließen ihrer eigenen Armee die Rolle der strategischen Reserve. Die geheimen Übereinkünfte sehen die Intervention der konterrevolutionären Armeen der Nachbarländer in unserem Land für den Fall vor, daß die Guerrilla in den Bergen 1000 Mann zählen würde. Falls die Guerrilla über mehr als 2000 Mann dort verfügen sollte, würde die US-Armee selbst intervenieren.

2. Der CIA in Tucumán

Unsere Partei verfügt über genaue Informationen, um behaupten zu können, daß die paramilitärischen Banden, die in Tucumán operieren, unter der technischen Leitung des CIA stehen. Nach der Konferenz der Lateinamerikanischen Streitkräfte von Montevideo, begannen die Berater des CIA in großer Zahl in unser Land einzureisen. Die Offiziere des Heeres werden unterrichtet, beraten und erhalten technische Unterstützung. Die Völker der Welt kennen diese Methoden. Das jüngste Beispiel in Lateinamerika ist das Chile des Mörders Pinochet. Dieser Erklärung liegt eine Kopie der Erklärung des Politischen Büros der PRT über die brutalen Morde in Tucuman bei, die am 1. und 2.Dezember von paramilitärischen Banden begangen wurden. In dieser Erklärung heißt es: „Es ist offensichtlich, daß es die Offiziere der konterrevolutionären Armee sind,die diese Banden führen und organisieren und daß sich im Fall Tucumans die rechten Terrorbanden aus Offizieren der Armee und der Polizei zusammensetzen, die unter der technischen Leitung des CIA vorgehen."

3. Generalisierung des Revolutionären Krieges

Der Generalsekretär unserer Partei und Oberbefehlshaber der Revolutionären Volksarmee, Mario Roberto Santucho, sagt: „Es kann nicht mehr daran gezweifelt werden: Der revolutionäre Bürgerkrieg hat sich auf ganz Argentinien ausgedehnt. Das ganze Land befindet sich im Krieg und es handelt sich um einen totalen Krieg auf allen Gebieten."
(Zeitung "El Combatiente"Nr. 190).

Dieser Krieg begann vor nur sechs Jahren mit dem heldenhaften Aufstand des Proletariats und des ganzen Volkes von Cordoba gegen die Militärdiktatur Onganias. Heute findet der erbittertste Kampf in Tucumán statt, wo die Bergkompanie „Ramon Rosa Gimenez" der ERP mit der aktiven Unterstützung und der Sympathie des arbeitenden Volkes kämpft. Unsere militärische Bilanz Anfang November lautet wie folgt: In den letzten 3 Monaten fanden in Tucumán 17 größere bewaffnete Auseinandersetzungen statt, in denen die Guerrilla 26 Verluste erlitt (19 Tote und 7 Verletzte, von denen 2 gefangengenommen wurden), während die Verluste des Feindes mindestens 236 betragen. Es wird geschätzt, daß die Demoralisierung der Truppen die Armee gezwungen hat, Regimenter von der Kampfzone abzuziehen und sie durch andere zu ersetzen und die Entsendung der Marineinfanterie anzuordnen. Das Besatzungsheer verkündet, daß es die Guerrilla besiegt hätte,

aber niemand kann sich erklären, warum soviele Kräfte gebraucht werden, um eine Guerrilla „in der Auflösung" zu bekämpfen, nach den vielen Erfolgen, die laut offiziellen Erklärungen erzielt worden seien. In letzter Zeit hat der Feind die Luftwaffe zu seiner Unterstützung rufen müssen, die zweimal täglich Bombeneinsätze im Kampfgebiet in der Provinz mit der größten Bevölkerungsdichte des Landes fliegt.

Zwei strategische Gebiete

Ein Hauptziel für die antiimperialistische und sozialistische Revolution in Argentinien ist die Entwicklung revolutionärer Kampfkräfte regulären Charakters, um die bewaffneten Streitkräfte der Monopole und der Großbourgeoisie zu besiegen.
In Anbetracht dieser strategischen Notwendigkeit, verabschiedete das Zentralkomitee „Befreites Vietnam" der PRT, das sich im Juli dieses Jahres versammelte, eine Resolution — damals geheimen Charakters — in der zwei strategische Gebiete in unserem Land bestimmt wurden. Eines, das der großen Städte (Buenos Aires und Groß-Buenos Aires, die Industriekonzentrationen an den Ufern des Parana-flusses, Rosario und Cordoba) — wo 60% der Bevölkerung leben und wo die grossen Fabriken konzentriert sind — und das andere, die Landgebiete im Norden mit ihrem Mittelpunkt in Tucumán, die für die Entwicklung der Landguerrilla und der regulären Einheiten günstig sind. Dies bedeutet, daß unsere Organisation eine Änderung in der Verteilung ihrer Kräfte vornahm und diese in den Bergen Tucumáns und den anderen strategischen Gebieten konzentrierte.

4. Die schwere wirtschaftliche Krise

Im November gewährte die Regierung eine miserable Lohnerhöhung von 150.000 alten Pesos (ca. DM 20,- pro Monat), die sofort von den Preisen aufgesogen wurde. Der Lebensstandard der argentinischen Arbeiter sinkt auf Grund der Offensive der Regierung und der großen Unternehmen gegen die Löhne und Gehälter weiterhin ständig, trotz des energischen Kampfes, den die Arbeiter, Angestellten, Freiberuflichen und die übrigen Teile des Volkes führen. Die letzten 2 Monate des Jahres waren gerade durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse und des Volkes gekennzeichnet, die sich trotz der brutalen legalen und illegalen Repression immer mehr ausweitet und immer kämpferischere Züge annimmt.
Von Juni bis Dezember ist der Reallohn der Arbeiter um 50% gesunken. Die Inflation hat dieses Jahr 300% überstiegen. Der Dollar wird zu 16.000 alten Pesos (ca. DM 2,28) gehandelt. Zwischen Dezember und Januar sieht sich der Staat der Zahlung von Krediten und Zinsen im Werte von 1 - 1,5 Milliarden Dollar gegenüber. Die Druckmaschinen der staatlichen Münzdruckerei setzen pro Stunde 5,9 Milliarden alter Pesos (ca. 1 Mio. DM) in Umlauf, während die Produktion weiterhin sinkt und die Investitionsrate auf ein Mindestmaß geschrumpft ist. Es kann mit Sicherheit behauptet werden, daß sich der Kapitalismus innerhalb der nächsten Jahre nicht stabilisieren wird.

5. Unsere Position gegenüber der aktuellen Lage

Entsprechend den Lehren des Marxismus-Leninismus und um die ungeheuren Leiden unseres Volkes zu verringern, unternimmt unsere Partei seit 1974 große Anstrengungen zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten. Zu diesem Zweck formulierte unsere Partei ein Waffenstillstandsabgebot im Oktober 1974, das im Juli dieses Jahres wiederholt und erweitert wurde. Laut dieses Angebots sollte die Regierung alle politischen Gefangenen freilassen und die repressive Gesetzgebung aufheben. In diesem Fall hätte die ERP ihre militärischen Aktionen im ganzen Land eingestellt. Das Angebot wurde nicht angenommen und die Repression gegen alle Teile des Volkes verschärfte sich.

Die Ankündigung von Wahlen

Kürzlich und als Versuch der Stabilisierung der hoffnungslos verfahrenen Lage der Regierung, kündigte der bürgerliche Peronismus an, daß die allgemeinen Wahlen, die für 1977 vorgesehen waren, bereits im letzten Vierteljahr von 1976 zusammen mit den Wahlen zur Abgeordnetenkammer durchgeführt werden sollen. Die Position unserer Partei gegenüber diesen Veränderungen in der politischen Situation ist in der Bekanntmachung enthalten, die dieser Erklärung beiliegt und lautet, zusammengefaßt, wie folgt: „Parallel zur Wahlankündigung haben die konterrevolutionären Streitkräfte die Repression verschärft, mit massiven Aktionen, aus denen das brutale Vorgehen gegen die Arbeiter der Eisenerzvorkommen von Sierra Grande heraussticht. Wie zur Zeit des „Großen Nationalen Übereinkommens" (Gran Acuerdo Nacional) des General Lanusse, vervielfältigen die Kapitalisten ihre Anstrengungen, durch immer größere Repression zum unerreichbaren Ziel zu gelangen, die Entwicklung der revolutionären Kräfte zu verhindern, während sie zur gleichen Zeit die Möglichkeit einer demokratischen Öffnung ankündigen."

Daher zieht unsere Partei gegenüber der Ankündigung von Wahlen die Schlußfolgerung, daß der Kampf um die demokratischen Rechte konkretere Formen annehmen muß und spricht sich

1. Für die Intensivierung des Kampfes für die volle Gültigkeit der demokratischen Freiheiten aus, für die Einfrierung der Preise und die Erhöhung der Löhne,
2. Für das Projekt einer revolutionären Verfassung, das wirkliche Lösungen für die Krise des Landes im Sinne der Arbeiterklasse und des argentinischen V olkes enthält,
3. Für den Beitrag zur Bildung einer breiten Demokratischen und Patriotischen Front, die den fortschrittlichen und revolutionären Interessen und dem Befreiungswillen des argentinischen Volkes eine Alternative bei den Wahlen bietet.

6. Anwendung der Völkerrechtskonventionen von Genf

Die bewaffneten Auseinandersetzungen, die in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember im Raum Groß-Buenos-Aires in der Nähe des Waffenlagers von Bernal stattfand, der Kampf am 5. Oktober in Formosa und die militärischen Operationen, die am 9.Februar dieses Jahres gegen die ERP und die zivile Bevölkerung in Tucumán begonnen wurden, stellen ausreichende Beispiele für die schnelle Generalisierung des Bürgerkrieges dar, sowohl auf dem Land wie in den Städten.
Die Lage ist von den Führern der Besatzungsarmee bei zahlreichen Gelegenheiten als ein Kriegszustand definiert worden; die Politik, die sie verfolgen, ist die, „keine Gefangene zu machen", was der ehemalige Oberbefehlshaber Numa Laplane kurz so ausdrückte: „Für sie nur der Tod".
Die ERP operiert in Tucumán seit April 1974 mit einer halbregulären Einheit — die Bergkompanie „Ramon Rosa Gimenez". Im Oktober 1974 wurden in der ERP Abzeichen und Ränge eingeführt und im Juli 1975 Statute verabschiedet.
Dies führt zu der Forderung, daß die Besatzungsarmee den Guerrillaheeren ihren Charakter als kriegführender Teil anerkennt und die Gesetze und Bräuche des Krieges, die in den Völkerrechtskonventionen von Genf bezüglich der nichtinternationalisierten bewaffneten Konflikte sanktioniert wurden, resp ektieren, insbesondere, was die Behandlung von Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in der Kampfzone angeht.

DOKUMENTE

DIE MFA IST TOT

LISSABON (ID)
5. Februar

Grundgesetz, die zukünftige Rolle der Streitkräfte betreffend , am 11. Dezember 1975 vom Revolutionsrat beschlossen und vom Präsidenten der Republik verkündet.
"In Anbetracht der Notwendigkeit, die Rolle der militärischen Institutionen bei der Unterstützung, Dynamisierung und Verteidigung der portugiesischen Revolution genau zu definieren; in Anbetracht dessen, daß die portugiesische Revolution, die darauf abzielt, im Lande eine demokratische und sozialistische Gesellschaft zu errichten, sich zwangsläufig in Übereinstimmung mit den objektiven, in Portugal feststellbaren Bedingungen entwickeln muß, ohne Modelle zu kopieren, die von der Geschichte in konkreten, jeweils verschie-

denen Situationen erprobt wurden; in Anbetracht der Tatsache, daß die Organe der politischen Gewalt ein Machtinstrument benötigen, das fähig ist, die revolutionäre Autorität zu gewährleisten; in Anbetracht dessen, daß dieses Machtinstrument den Willen widerspiegeln muß, die Demokratie und den Sozialismus zu erreichen, daß es erhöhte Operationsfähigkeit besitzen muß; in Anbetracht dessen, daß die mit dem 25. April 1974 aufgetauchten und gelösten Widersprüche die Bedingungen geschaffen haben, die portugiesischen Streitkräfte mit dem Geist des MFA-Programms zu identifizieren, beschließt der Revolutionsrat und verkünde ich das folgende Grundgesetz.
Folgende Grundsätze für die Reorganisierung der Streitkräfte werden gebilligt:

GRUNDSATZ I
In die Portugiesischen Streitkräfte (FAP) können alle Portugiesen eingegliedert werden, die als tauglich angesehen werden, die Aufgaben zu erfüllen, die ihnen im Rahmen der Mission der Streitkräfte zukommen und die sich auf die allgemeine persönliche Wehrpflicht gründen. Die Mitglieder der Streitkräfte werden die hier aufgestellten Grundsätze befolgen sowie die schließlich zu definierenden Normen, indem sie sich verpflichten, sie aufzuführen und ausführen zu lassen.

GRUNDSATZ II
Die FAP sind Teil des Volkes und sichern die Fortführung der portugiesischen Revolution. Zusammen mit den militarisierten Kräften (z.B. Polizeikräfte, GNR und PSP) sind sie die einzigen bewaffneten Organisationen, denen das portugiesische Volk die Autorität einräumt, es zu verteidigen. (Dies richtet sich gegen frühere MFA-Beschlüsse, die eine Volksbewaffnung im Falle einer Bedrohung von rechts vorsahen. Red.) Die FAP haben die historische Aufgabe, die Bedingungen zu gewährleisten, die den friedlichen und pluralistischen Übergang der portugiesischen Gesellschaft zur Demokratie und zum Sozialismus erlauben. Sie sind in der Lage, in jedem Augenblick die notwendigen militärischen Operationen zur Gewährleistung einer echten nationalen Unabhängigkeit zu entfalten, und schließlich wirken sie mit an den Aufgaben des nationalen Wiederaufbaus.

GRUNDSATZ III
Die FAP-Berufskader (Offiziere, Uneroffiziere und Mannschaften) gewährleisten die Kontinuität des Bestehens der eigentlichen FAP, besetzen in ihnen die Stellen mit erhöhter Verantwortung, geben die Instruktionen an die Kontingente der Rekruten und umgreifen die aktive Truppe. In Ausübung ihrer Aufgaben sollen die Berufskader ein befolgenswertes Beispiel sein in der Erfüllung der patriotischen Sendung, die den FAP zukommt.

GRUNDSATZ IV
Die FAP bilden die letzte Stütze der Autorität, deren die politische Gewalt bedarf, um das Land auf einem Weg des friedlichen und pluralistischen Übergangs zur Demokratie und zum Sozialismus zu führen [illegible] zum Inkrafttreten der Verfassung gehorchen die FAP – über den Oberbefehlshaber der Streitkräfte – dem Revolutionsrat, nach Inkrafttreten der Verfassung gehorchen die FAP – über den Oberbefehlshaber der Streitkräfte – den in ihr garantierten Machtorganen, unter Berücksichtigung der Vorschriften der verfassungsmäßigen Plattformvereinbarung mit den politischen Parteien.

GRUNDSATZ V
Die FAP (alle ihre Organismen, Einheiten, militärischen Einrichtungen und individuellen Mitglieder) sind streng unparteiisch, wobei es nicht gestattet ist, daß in ihrem Innern politisch sektiererische Aktivitäten entfaltet werden, die parteiliche Taktiken und Zielsetzungen fördern.

1. Somit werden die FAP die Zielsetzungen der Mehrheit des Volkes, wie sie in seiner Verfassung verankert sind, beachten müssen.
2. Sie werden nicht im Deinst irgendeiner politischen Partei stehen dürfen.
3. Sie werden nicht ihre Waffe, Stellung und Funktion benützen dürfen, um die Wahl eines bestimmten politischen Weges zu erzwingen oder auch nur zu beeinflussen.
4. Sie werden, und zwar insbesondere die Berufskader, verhindern müssen, daß die von ihnen befehligten Einheiten von Parteiinteressen manipuliert werden, indem sie gewährleisten, daß die Meinungsverschiedenheiten ihrer Leute über den zu verfolgenden Weg nicht ihrer aller Zusammenhalt des portugiesischen Volkes über das zu erreichende Ziel bedrohen.
5. Sie werden, insbesondere die Kader, eine große technische Kompetenz haben müssen, so daß die FAP ausreichend befähigt sind, die ihnen übertragenen Aufgaben wirksam zu erfüllen.

GRUNDSATZ VI
Die FAP besitzen als Hauptfaktor des Zusammenhalts die Disziplin. Die Disziplin muß bewußt sein, weil sie auf der Notwendigkeit beruht, die Aufgaben zu erfüllen, die über die Befehlshierarchie beschlossen werden, als einzige Form, in der die FAP das Bollwerk bilden, das fähig ist, die nationale Unabhängigkeit zu gewährleisten, und die einzige Form, in der sie sich gegenrevolutionären Aktionen widersetzen können – woher auch immer sie kommen mögen.

GRUNDSATZ VII
Unter Benutzung und Anregung des Dialogs und der ständigen Aufklärung wie auch der schöpferischen und kritischen Fähigkeit aller Mitglieder einer Einheit zur Erlangung einer bewußten Disziplin wird in den FAP ein Befehlstypus angewandt, der die Beachtung folgender Grundsätze erlaubt:

a) Einheit in der Grundsatzschulung, die auf die Festigung des Korpsgeistes abzielt.
b) Kommandoeinheit, woraus sich herleitet, daß die Verantwortung für die Eintscheidung immer beim Kommandanten liegt.
c) Ausführung des Auftrags, woraus folgt, daß die erhaltenen Befehle nicht bestritten, überschritten oder ignoriert werden dürfen.

(aus: Zeitdienst vom 23. Januar 1976)

BERUFSVERBOT IN DER FACHHOCHSCHULE FÜR SOZIALWESEN MANNHEIM

FRANKFURT (ID)
2. Februar

Betr.: Durchführung des Beschlusses der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst; hier: Überprüfung von Werner Jantzen.
Bezug: Bericht vom 28. Mai 1975 – MSo 309/75
Beil.: 1 Mehrfertigung

Die Fachhochschule für Sozialwesen Mannheim wird hiermit angewiesen, Herrn Werner Jantzen nicht als Lehrbeauftragten zu beschäftigen.

Der von Herrn Jantzen erhobene und aufrechterhaltene Vorwurf der Isolationsfolter bedeutet eine ungerechtfertigte Herabwürdigung unseres Staates und eine verleumderische Hetze gegen diesen. Das Kultusministerium verkennt nicht, daß „im Rahmen der politischen Auseinandersetzung Worte nicht auf die Goldwaage zu legen sind." Der schwerwiegende Vorwurf der Folter, das ist das gezielte Peinigen von Häftlingen, hätte aber gerade von Herrn Jantzen nicht erhoben werden dürfen, da diesem als Rechtsanwalt bewußt sein müßte, daß ein Vorwurf in dieser Weise nicht gerechtfertigt ist. Bei einem solchen Verhalten von Herrn Jantzen kommt die Übertragung eines öffentlichen Amtes wie die Erteilung eines Lehrauftrages nicht in betracht.

Die Fachhochschule wird ferner angewiesen, Herrn Jantzen ab sofort das Betreten der Räume der Fachhochschule zu untersagen. Über den Vollzug der obigen Anordnungen ist binnen einer Woche nach Erhalt dieses Erlasses dem Kultusministerium Bericht zu erstatten.

Beglaubigt:
Daub
Angestellte

Im Auftrag:
gez. Dr. von Alberti

DER KAMPF DER FRANZÖSISCHEN WEINBAUERN

OKZITANIEN/WÖRRSTADT (ID)
3. Febraur

Wir veröffentlichen hier eine Plattform der französischen Weinbauern, die in letzter Zeit mit ihren Aktionen (Transportboykotte, Besetzungen) zwar bekannt aber nicht richtig dargestellt worden waren. Für einen Liter Wein bekommen sie einen Franc (der Verbraucher zahlt dafür 2,50 Franc) – und das bei 50 Stunden Arbeit in der Woche.

Ein deutscher Winzer, der mit Frankreich Kontakt hat, schreibt uns zu der Plattform:

„Der Text ist wirklich nicht abgehoben in den Köpfen einiger Freischwebender entstanden, sondern Produkt langer Diskussionen und Aktionen. Die Leute, dies geschrieben haben, sind echte Winzer.

Sie und auch ich sind der Meinung, daß man für solche Sachen hier in der BRD eine Öffentlichkeit schaffen sollte, um die schiefe Pressemeinung „französische Winzer sind nur von Linksradikalen aufgestachelt" etwas zurechtzurücken.

Der ID ist das einzige Medium, bestimmte Sachen und sich selbst vorzustellen, um aus dem frustierenden Einzelkämpferdasein rauszukommen. Meine Versuche, sowas in der Fachpresse rauszubringen, sind kläglich gescheitert. Man muß hier etwas langsamer rangehen und vorsichtiger formulieren. Den westdeutschen Winzern gehts zwar noch gut, aber es besteht immerhin schon eine Aktionsbereitschaft. Als z.B. auf einer Kreuznacher Weinbautagung die Aktionen der französischen Winzer erwähnt wurden, applaudierten, ganz zum Entsetzen der Verbandsführung, eine ganze Menge jüngerer Winzer."

„ MOUVEMENT d'INTERVENTION VITICOLE OCCITAN (MIVOC)

Plattform zur Orientierung des MIVOC

Wer sind wir?

- Wir wollen nicht die Winzer in verschiedene Lager spalten.
- Wir erkennen die CRAV (Comite regional d'action viticol) als einzige Organisation, in der die Winzer ihre Unzufriedenheit ausdrücken können, an.
- Wenn wir organisiert auftreten, dann deshalb, um unsere politische Einschätzung öffentlich darzulegen, ohne damit andere Organisationen bei ihrer Arbeit zu behindern.

Hier nennen wir die drei Hauptgegner des Weinbaus, die ganz systematisch unsere Region (Okzitanien) in den verschiedensten Bereichen ausplündern.

1.
Die politische Macht an Ort und Stelle

Die bereitwillig den Weinbau, Gemüseanbau und Obstbau in Okzitanien opfert — aus Gründen der internationalen Politik. Die die multinationalen Gesellschaften deckt, indem sie mit anderen europäischen Mächten die Bedingungen des Marktes organisiert, die entgegen den Interessen der Produzenten laufen. Die entschlossen ist, Okzitanien an internationale Privatgesellschaften zu verkaufen, die daraus den „Hof der Erholung Europas" machen.

2.
Der (Groß)Handel

Der die Landwirtschaft und den Weinbau bei den multinationalen Kapitalisten darstellt und desseneinziges Ziel es ist, mit dem Schweiß der Arbeiter und Bauern Superprofite zu machen. Der Handel nutzt den Widerspruch zwischen der Theorie des inländischen Marktes und des gemeinschaftlichen Verkaufes aus („Wettbewerbsverzerrung" in der EG). Der Handel macht aus gesunden und natürlichen Produkten verfälschte und viel zu teure Produkte für die Verbraucher. Er hält den Wein auf der Stufe „Rohstoff", um seine Gewinnspanne zu erhöhen, und das trotz aller Anstrengung der Winzer, gute Qualität zu halten. Durch seine Stellung, die er bei dem Verkauf unserer Produkte einnimmt, hat der Handel die Rolle des Arbeitgebers gegenüber den Winzern. Diese werden immer mehr zu „Heimarbeitern". Der Handel beutet den italienischen Winzer genauso aus wie den okzitanischen Winzer.

3.
Die Großgrundbesitzer

Die mit dem Wert des Landes spekulieren und somit die wirklichen Weinbauern daran hindern, sich niederzulassen. Denen es gelingt, den Herstellungspreis zu senken, weil sie landwirtschaftliche Arbeitskräfte ausbeuten und weil gerade sie von den Subventionen des Landwirtschaftsministeriums profitieren. Sie dienen folglich den Statistiken des Landwirtschaftsministers als Beleg und machen eine Verminderung des Produktpreises möglich. Sie können ungestraft panschen. Sie kassieren den Haptteil der staatlichen Unterstützung ein. Wobei klar ist, daß es sich um selektive Unterstützung handelt.

Was wollen wir?

1.
Auf kurze Sicht

- Einen Preis für Wein von mindestens 1,10 bis 1,30 Francs pro Liter, die ländlichen Gebiete erhalten zu können.
- Rückkehr zu normalen Verträgen mit den Händlern, die uns immer mehr unter ökonomischen Druck setzen.
- Verminderung der Mehrwertsteuer von 17 % auf 7 %.

2.
Auf längere Sicht

- Die Entlohnung unserer Arbeit und Stop der Weinspekulation.
- Den Markt so organisieren, daß wir in unserem Beruf weiterexistieren können.
- Wir sind gegen jeden Verband oder jede Regelung, die darauf abzielen, neue Bestimmungen zu err ichten, ohne diese auch garantiert und ohne Ausnahme auf alle europäischen Staaten anzuwenden.

3.
Auf lange Sicht

- Da wir uns als Arbeiter fühlen, unterstützen wir alle Aktivitäten, die die Arbeiter aller Berufssparten zusammenführen.
- Das Land denen, die es bestellen.
- Als Okzitanier vertreten wir die politischen, ökonomischen und kulturellen Interessen unseres Landes.
- Z.B. lehnen wir die Verankerung des Tourismus, so wie es bei uns geschieht, ab; wir lehnen die Einrichtung von Militärlagern und Kernkraftwerken ab.
- Es ist wohl kar, daß wir als vorrangige Ziele die Verteidigung unseres Einkommens durch Entlohnung unserer Arbeit haben. Aber die Verbindung aller Kämpfe, die in diesem Land geführt werden, erscheint uns ein grundlegendes Mittel für den Sieg zu sein.

WINZER, UNS NACH ! "

Wie man sieht, sind die Verhältnisse in Frankreich gar nicht so anders, als bei uns in Westdeutschland. Wer ein wenig mit dran rütteln möchte: Kontakt Heiner Simon, Drollmühle, 6501 wörrstadt.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZU DER OKZITANISCHEN BEWEGUNG

Die Okzitanier in Süd- und Mittelfrankreich sind die größte Minderheit Europas, sie sehen ihren Unabhängigkeitskampf in einer Linie mit den Basken, Bretonen, Korsen und Flamen.

Der Wissenschaftler Robert Lafont, seit 30 Jahren „okzitanischer Militanter" und führendes Mitglied in der Bewegung, hat in einem ID-Interview (ID 81) über die Hintergründe gesprochen.

Er sagt, daß es in Frankreich einen „inneren Kolonialismus" gibt ... zwar nicht derselbe wie in der dritten Welt, aber es ist typischer Kolonialismus. In Okzitanien gibt es seit neuem die Rohstoffindustrie samt der beginnenden Industrialisierung des Südens, die agrarischen Großgrundbesitzer, die Transformation der Region in eine Militärbasis und die Handelswirtschaft.

Robert Lafont nennt drei Schwerpunkte der okzitanischen Bewegung: die Arbeiterkämpfe, antimilitaristische Kämpfe und die Bauernkämpfe. Dazu führt er näher aus: „Man muß sehen, daß die Region stark von Arbeitern durchsetzt ist und eine Arbeitertradition hat, und auch die Bauern nicht mit den Bauern im restlichen Frankreich verglichen werden dürfen. Sie wählen links, doch gibt es auch welche, die rechts wählen, d.h. es gibt keine Zentristen (Paris-Orientierte).

Die Landbauern wählen links, zusammen mit den Arbeitern. Etwa um 1871, als die Pariser Kommune bestand, gab es auch in Okzitanien verschiedene Kommunen: in Marseille, Narbonne. Es war eine ländliche Kommune mit den Arbeitern zusammen, im gleichen Kampf. Die okzitanischen Bauern von heute fühlen sich von der EG bedroht, denn die EG beschleunigt die Vertreibung der Kleinbauern; denn die EG unterstützt die Kornbauern im Norden Frankreichs und benachteiligt die Kleinbauern im Süden. Daraus entstanden die massiven Kämpfe der Weinbauern im März und April 75, denn es gab ja schon die Kampftradition. Heute arbeiten sie, wie früher auch oft, in Kooperativen mit kommunitären Aspekten, denn ihre Bedrohung ist existenziell."